Presseschau vom 12.07.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter https://alternativepresseschau.wordpress.com/ *erreichbar.*

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.
In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert (Anleitungen u.a. hier) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.
Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist ZenMate, das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.
Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. …
https://kurz.rt.com/2tg9 bzw. hier

Anton Gentzen: **Versöhnung ohne Unrechtsbewusstsein? Polen macht seinen Frieden mit der Bandera-Ukraine**
Der 11. Juli ist in Polen Gedenktag für die Opfer der ukrainischen Massaker im Zweiten Weltkrieg. In diesem Jahr stellte die polnische Politik den Tag in das Zeichen der Versöhnung mit der Ukraine. Ob dies auf der Grundlage der ukrainischen Täterverehrung möglich ist? …
https://kurz.rt.com/32i1 bzw. hier

Gert Ewen Ungar: **Die Linke macht sich überflüssig – ein Abgesang**
Seit dem Parteitag der Partei "Die Linke" in Erfurt sind bereits einige Wochen vergangen. Auf ihrem Parteitag hat sich die Partei überflüssig gemacht. Die Wochen danach zeigen: Sie wird nicht vermisst. Linke Politik in Deutschland dagegen schon. …
https://kurz.rt.com/32i9 bzw. hier

Thorsten Schulte: **Wie die US-Elite mit Habecks Hilfe den "deutschen Michel" verdummen und verarmen will**
Wollen die Deutschen wirklich ökonomischen und nationalen Selbstmord begehen? Gleich ein paar Fakten dazu. Äußerungen eines ehemaligen CIA-Mitarbeiters und Stimmen der Vernunft aus Deutschland. …
https://kurz.rt.com/32jt bzw. hier

Wolfgang Bittner: **Deutschlands bitterer Weg in die Katastrophe: Keiner soll hungern, ohne zu frieren**
Der Bundeswirtschaftsminister stimmt die Deutschen auf harte Zeiten ein. Statt sich mit der einbrechenden Energieversorgung differenziert auseinanderzusetzen, werden verantwortliche Spitzenpolitiker nicht müde, Kritiker der Russland-Sanktionen verbal an den Rand der Gesellschaft zu drängen. Dennoch werden die Gegenstimmen immer lauter. …
https://kurz.rt.com/32ji bzw. hier

abends/nachts:

22:40 de.rt.com: **Ukrainische Raketenangriffe treffen unter anderem ein Chemiewerk in der Region Cherson**
Wie TASS meldet, griff die ukrainische Armee am späten Abend mehrere Industrie- und Infrastrukturobjekte in der überwiegend russisch kontrollierten Region Cherson an. Getroffen wurde unter anderem ein Chemiewerk in der Stadt Nowaja Kachowka, worauf dort ein Behälter mit Salpetersäure explodierte. Das Video (Vorsicht! Obszöne Sprache) zeigt mutmaßlich den Augenblick der Explosion.
Ebenfalls beschossen wurde der Damm des Wasserkraftwerkes. Über Beschädigungen dort liegen derzeit noch keine Informationen vor. Eine Zerstörung des Dammes hätte katastrophale Folgen für die Region, die Fläche des vom Damm zurückgehaltenen Wassers beträgt über Zweitausend Quadratkilometer.

22:55 de.rt.com: **Blinken: Russland und China stellen bestehende Weltordnung in Frage**

Die US-Behörden sind der Ansicht, dass Russland und China versuchen, die bestehende Weltordnung in ihrem Interesse zu verändern, und Washington beabsichtigt, dem entgegenzuwirken. Diesen Standpunkt vertrat US-Außenminister Antony Blinken in einem Interview auf ThaiPBS. Seiner Meinung nach "fordert Russland die bestehende Weltordnung heraus", indem es eine militärische Sonderoperation in der Ukraine durchführt. Blinken erklärte:
"Wenn wir Russland erlauben, das zu tun, was es tut, bedeutet das, dass wir zu einer Welt zurückkehren, in der der Stärkere recht hat, in der große Länder kleine Länder tyrannisieren können. Das ist das Gegenteil einer regelbasierten Ordnung."
Er fügte auch hinzu:
"Wir sehen, dass China die Weltordnung auf eine andere Art und Weise herausfordert, in der Region immer aggressiver auftritt und die Repression im eigenen Land verstärkt. Ich denke, China will eine internationale Ordnung, aber eine andere als die bestehende. Während wir versuchen, eine in ihren Werten liberale Ordnung zu verteidigen und aufrechtzuerhalten, drängt China möglicherweise auf eine illiberale Ordnung, die andere Werte widerspiegelt. Und die Frage ist, unter welcher Art von Ordnung die Menschen leben wollen."
Er wies auch darauf hin, dass "die Beziehungen zu China zu den wichtigsten" für die USA und andere Nationen gehören, obwohl sie "eine der komplexesten" sind. Es gibt viele potenzielle Bereiche für die Zusammenarbeit mit China", so der US-Außenminister. Als Beispiele nannte er das Klima, den Kampf gegen die Verbreitung von Drogen und die Nahrungsmittelknappheit. Blinken fügte hinzu:
"Wir hoffen, dass wir, auch wenn wir mit China konkurrieren und tiefe Gräben haben, Möglichkeiten der Zusammenarbeit finden können."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cc89fdb480cc1ff415602f.jpg
Antony Blinken

vormittags:

6:15 de.rt.com: **USA erwägen Wiederverkauf von Offensivwaffen an Saudi-Arabien – Iran warnt vor neuer Eskalation**
Inmitten des Ukraine-Krieges stehen "Menschenrechtsfragen" nicht mehr auf der Agenda der US-Regierung. Während die USA erwägen, den Verkauf von Offensivwaffen an Saudi-Arabien wiederaufzunehmen, will Präsident Biden die Entstehung einer Militärallianz zwischen Israel und den Golfstaaten gegen Iran voranbringen. Iran warnt aber vor einer sofortigen Antwort auf jegliche neue Bedrohungen.
Der US-Präsident wird diese Woche endlich seine erste Nahost-Reise antreten. Am Mittwoch wird Joe Biden in Israel erwartet, wo er Gespräche mit dem Übergangs-Regierungschef Jair Lapid führen will. Anschließend ist im Westjordanland ein Treffen mit dem palästinensischen

Präsidenten Mahmud Abbas geplant. Danach fliegt Biden von Israel aus direkt nach Saudi-Arabien, wo er am Gipfel des Golf-Kooperationsrats in Dschiddah teilnehmen will.
Vor dem Hintergrund der Nahost-Tour erwägt die Biden-Regierung laut Reuters-Informationen nun die mögliche Aufhebung des Exportverbots für Offensivwaffen an Saudi-Arabien. Hochrangige saudische Beamte sollen ihre US-Amtskollegen bei mehreren Treffen in Riad und Washington in den vergangenen Monaten dazu gedrängt haben, den aktuellen Kurs für defensive militärische Unterstützung von Saudi-Arabien wieder in den Verkauf von offensiven Waffen umzuändern.
Washington genehmigte im November den Verkauf von Abwehrsystemen an Riad, und in diesem Jahr verlegten die Vereinigten Staaten Patriot-Raketen nach Saudi-Arabien – die von US-Beamten als defensiv eingestuft wurden. Jede neue Entscheidung über Waffengeschäfte mit Saudi-Arabien wird voraussichtlich davon abhängen, ob Riad Fortschritte bei der Beendigung des Krieges im benachbarten Jemen mache, sagten vier mit der Angelegenheit vertraute Personen gegenüber Reuters.
Während sich Biden auf eine diplomatisch heikle Reise vorbereitet, hat er signalisiert, dass er die angespannten Beziehungen zu Saudi-Arabien wiederherstellen will. Die neuen Bemühungen erfolgen zu einer Zeit, in der die USA von den Golfstaaten mehr Öllieferungen sowie engere arabische Sicherheitsbeziehungen zu Israel erwarten, um dem zunehmenden Einfluss Irans in der Region entgegenzuwirken. Die US-Regierung hatte bereits im Zuge des Ukrainekrieges vergeblich versucht, die Saudis davon zu überzeugen, mehr Rohöl zu fördern – zwecks einer gezielten Senkung der weltweiten Ölpreise.
Die Golfstaaten und Israel sind zugleich dabei, eine Militärallianz gegen Iran in der Region in Gang zu bringen. Diese neue "Mini-NATO" ziele nach offiziellen Angaben darauf ab, das Pentagon dazu zu bewegen, die Luftverteidigung Israels und mehrerer arabischer Staaten in ein gemeinsames Abwehrsystem zu integrieren, um "Bedrohungen" vonseiten Irans abzuwenden. Das Weiße Haus ließ im Vorfeld der Biden-Reise verlautbaren, dass die USA die "Ausweitung und Vertiefung der arabisch-israelischen Beziehungen" unterstütze.
Das iranische Außenministerium erklärte am Samstag, dass die Pläne der USA und Israels für eine gemeinsame Militärallianz mit arabischen Staaten gegen Iran Spannungen in der Region nur verstärken würden. Die iranische Nachrichtenagentur Nour News, die dem Nationalen Sicherheitsrat Irans (SNSC) angehört, warnte, dass die Entstehung einer neuen Allianz in der Region entschlossene Reaktionen des Landes zur Folge haben würde. Die Schaffung eines gemeinsamen Verteidigungspakts im Nahen Osten durch die USA mit Beteiligung und verdeckter Führung von "Zionisten" sei ein "Drohakt". Wenn die Umsetzung solcher Pläne die Sicherheit Irans in irgendeiner Weise in Gefahr bringt, werde Iran als erste Reaktion nächstgelegene und am besten zugängliche Zielen ins Visier nehmen.
Die Diskussionen über die Militärallianz befänden sich allerdings noch in einer frühen Phase und seien bereits auf den Widerstand mehrerer arabischer Länder gestoßen, die sich weigern, Sicherheitskooperationen mit Israel einzugehen, berichtete Reuters am Donnerstag. Der jordanische Ministerpräsident Bischer al-Khasawneh lehnte bereits die Idee einer "Mini-NATO" in der Region ab und sagte, sein Land hat Iran nie als Bedrohung für seine nationale Sicherheit gesehen und begrüße die bilateralen Beziehungen zu Teheran.

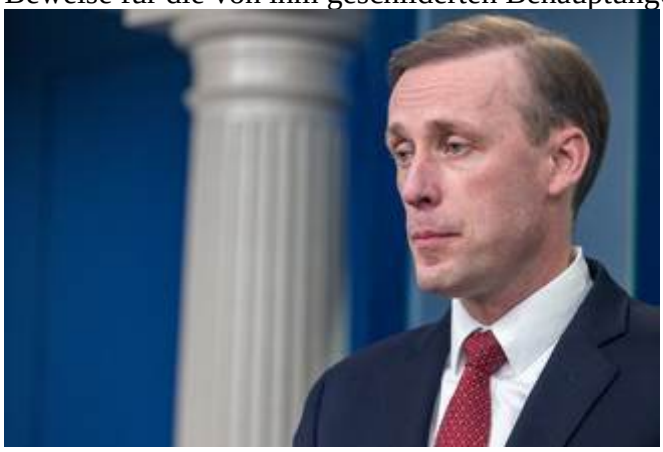
https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cbf80e48fbef47717e7039.jpg

6:30 de.rt.com: **Japanischer Ministerpräsident befürwortet schnellstmögliche Änderung der "pazifistischen" Verfassung**
Der japanische Ministerpräsident Fumio Kishida hat sich nach dem Sieg der Liberaldemokratischen Partei bei den Oberhauswahlen und dem Mord am ehemaligen Ministerpräsidenten Abe für eine Änderung der "pazifistischen" Verfassung seines Landes eingesetzt. Abe hatte dies ebenfalls unterstützt.
Der japanische Ministerpräsident Fumio Kishida hat erklärt, er werde sich für eine baldige Verfassungsreform einsetzen, insbesondere für die Änderung des Artikels 9. In diesem Punkt ist verankert, dass das Land auf kriegerische Aktivitäten und auf reguläre Streitkräfte verzichtet. Kishida machte diese Ankündigung, nachdem die regierende Liberaldemokratische Partei Japans, deren Vorsitzender er ist, 63 von 125 Sitzen im Oberhaus des Parlaments gewonnen hatte. Die Wahl fand zwei Tage nach der Ermordung des ehemaligen Ministerpräsidenten Shinzō Abe statt.
Nach Angaben der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo sei die öffentliche Meinung – auch nach der Ermordung Abes, der sich mehrmals für eine Verfassungsänderung aussprach – über die möglichen Änderungen uneinheitlich. Kishida sagte zu, die Politik Abes fortzusetzen, und bekräftigte, dass er die Diskussion über eine "entschlossene Stärkung" der japanischen Verteidigung intensivieren wolle. Die Befürworter einer Verfassungsänderung argumentieren, dass sich die Welt seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs verändert habe und Japan seine eigene Sicherheit gewährleisten sollte, anstatt sich auf ein Bündnis mit den USA zu verlassen.
Der Entwurf der aktuellen japanischen Verfassung war 1945 unter den Bedingungen der Nachkriegsbesetzung durch US-Truppen ausgearbeitet worden. Artikel 9 wurde verfasst, um ein Wiederaufleben des militaristischen Japans zu verhindern. Darin wird der Verzicht des Landes auf Krieg "auf ewig" als "souveränes Recht der Nation" verankert. Zudem heißt es, dass das Land "nie wieder Land-, See- oder Luftstreitkräfte oder andere Mittel der Kriegsführung aufstellen wird".
Jedoch waren 1954 die japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte ins Leben gerufen worden, deren Befugnisse zunächst sehr begrenzt waren. Seit Verabschiedung wurde die Verfassung nicht mehr geändert, aber die Befugnisse der Selbstverteidigungsstreitkräfte wurden durch Gesetze erweitert, vor allem im 21. Jahrhundert. Im Jahr 2007 wurde beispielsweise die japanische Verteidigungsverwaltung in ein Ministerium umgewandelt.
Bei seiner Rückkehr ins Amt des Ministerpräsidenten im Jahr 2012 sprach sich Shinzō Abe für eine Verfassungsreform aus. Der Politiker und sein Umfeld waren der Meinung, dass Artikel 9 der Verfassung überholt sei. Sie betonten, dass Japan im 21. Jahrhundert nicht mehr über eine Selbstverteidigungsarmee mit begrenzten Befugnissen, sondern über eine vollwertige Armee verfügen müsse, die das Recht hat, im Ausland zu operieren und über offensive Waffen zu verfügen. Abe begründete die Änderungen mit den angespannten Beziehungen zu China angesichts des Streits um die territoriale Zugehörigkeit der Senkaku-

Inseln und der angeblichen Bedrohung durch Nordkorea.
Abe gelang es allerdings nicht, eine Verfassungsreform durchzuführen. Im Jahr 2015, am Vorabend des 70. Jahrestages der Unterzeichnung der japanischen Kapitulation am 2. September 1945, kam es in dem Land zu massiven Protesten von Friedensaktivisten gegen die Änderung von Artikel 9. In der Folge erweiterte das Parlament die Befugnisse der Selbstverteidigungsstreitkräfte, so dass sie ihre Bürger außerhalb des Landes schützen und japanische Geiseln in anderen Staaten befreien können. An der Verfassung wurden jedoch keine Änderungen vorgenommen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cc57d748fbef1db444457d.jpg

7:00 de.rt.com: **Weißes Haus: Iran will Drohnen an Russland liefern**
Die US-Behörden vermuten, dass Iran vorhabe, Hunderte Drohnen, darunter auch solche, die Waffen tragen können, an Russland zu liefern. Diese Position legte Jake Sullivan, der Assistent des US-Präsidenten für nationale Sicherheit, am Montag bei einer Pressekonferenz dar. Er erklärte:
"Unsere Informationen deuten darauf hin, dass die iranische Regierung sich darauf vorbereitet, Russland im Eiltempo mehrere Hundert Drohnen, darunter auch solche, die Waffen tragen können, zu liefern."
Außerdem plane Teheran, die russischen Streitkräfte im Umgang mit diesen Drohnen zu schulen. Die ersten Ausbildungsphasen würden bereits im Juli beginnen. Sullivan fügte hinzu: "Es ist unklar, ob Iran bereits eine dieser Drohnen an Russland geliefert hat. Aber das ist nur ein Beispiel dafür, dass Russland sich an Länder wie Iran wendet, um technische Mittel zu erhalten, die schon vor der Sicherung des Waffenstillstands im Jemen eingesetzt wurden, um Saudi-Arabien anzugreifen."
Beweise für die von ihm geschilderten Behauptungen lieferte der US-Beamte nicht.


https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62ccf92048fbef070a75fdd4.jpg
Jake Sullivan

7:15 de.rt.com: **Ukrainisches Militär scheitert mit Offensive im Gebiet Saporoschje**

Die ukrainische Armee habe einen Offensivversuch im Gebiet Saporoschje unternommen, wurde aber entschieden zurückgeschlagen. Das teilte Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates der Militär- und Zivilverwaltung des Gebietes, gegenüber RIA Nowosti mit. Er erklärte:
"Die ukrainische Armee hat sich in letzter Zeit in Richtung Saporoschje konzentriert. Neben Terroranschlägen, Sabotageakten und Artilleriebeschuss kam es zu einem erfolglosen Offensivversuch im Gebiet Saporoschje. Ihre Aufgabe war es, unseren Stellungen größtmöglichen Schaden zuzufügen, aber nachdem sie hart zurückgeschlagen wurden, mussten sie fliehen."
Rogow zufolge bleibt die unter Kontrolle der ukrainischen Armee befindliche Stadt Saporoschje das Verwaltungszentrum des gleichnamigen Gebiets. Es bestehe jedoch kein Zweifel an der baldigen Befreiung der Stadt. Er fügte hinzu:
"Die Menschen in Saporoschje warten auf die Befreiung, aber sie haben Angst, ihren Standpunkt offen zu vertreten, weil sie dann sofort dem Terror der Nationalisten ausgesetzt sind."

7:28 de.rt.com: **Stadt Nürnberg schließt Schwimmbäder wegen Krieg in der Ukraine**
Um Energie und Gas zu sparen, müssen die Einwohner Nürnbergs bis September auf drei von vier Hallenbädern verzichten. Außerdem wird das Freibadwasser nicht mehr beheizt. Laut Oberbürgermeister Marcus König sei dies dem Krieg in der Ukraine geschuldet.
Mittlerweile werden die Maßnahmen zur Einsparung von Gas in deutschen Kommunen immer konkreter. So werden in der Stadt Nürnberg drei von vier Hallenbädern in diesem Sommer geschlossen, um Energie zu sparen, berichtete die Süddeutsche Zeitung am vergangenen Freitag über die jüngste Ankündigung des städtischen Eigenbetriebs NürnbergBad. Laut der Mitteilung von NürnbergBad werden drei Hallenbäder vom 16. Juli bis zum 4. September geschlossen. Dafür bleiben die Freibäder bis zum 25. September geöffnet.
Der Nürnberger Oberbürgermeister Marcus König begründete die Sparmaßnahme gegenüber NürnbergBad mit der Energiekrise, die durch den Ukrainekrieg verursacht wurde, und äußerte sich diesbezüglich mit den Worten:
"Ich unterstütze die Initiative von NürnbergBad, denn die durch den Ukrainekrieg verursachte Energiekrise verlangt nach deutlichen Sparmaßnahmen. Wir müssen uns auf mögliche Einschränkungen der Gasversorgung rechtzeitig vorbereiten."
Konkret würde durch die Schließung von drei Bädern die Wärmeenergie von 755.000 Kilowattstunden und für 570.000 Kilowattstunden Strom gespart, was umgerechnet der Wärmeenergie von 383 Haushalten und dem Stromverbrauch von 789 Haushalten entspreche.
In der Mitteilung auf der Webseite von NürnbergBad hieß es weiter, dass man nicht nur durch die Schließung von drei Hallenbädern Energie und Fernwärme einspare, sondern auch dadurch, dass die Freibadbecken derzeit nicht beheizt werden.
Laut OB König werde die Entscheidung von den großen Fraktionen im Stadtrat begrüßt und in aller Form mitgetragen. Er hofft, dass die Bürger für die abverlangten Zumutungen Verständnis aufbringen. Er sei sich sicher, dass die Menschen die Notwendigkeit der Maßnahme erkennen können.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cd0662b480cc7341196e6d.jpg

8:16 de.rt.com: **Frankreich bereitet sich auf Totalausfall russischer Gaslieferungen vor**
Angesichts der anhaltenden Spannungen zwischen den EU-Staaten und Russland aufgrund des Ukraine-Konfliktes und der daraufhin vom Westen verschärften Sanktionen befürchten immer mehr westliche Regierungen Gegenmaßnahmen Moskaus bei der Energielieferung. Der französische Finanzminister Bruno Le Maire hat erklärt, dass sich die Behörden des Landes auf eine vollständige Unterbrechung der Gaslieferungen aus Russland vorbereiten. Der hochrangige französische Vertreter bezeichnete eine solche vollständige Abschaltung als das "wahrscheinlichste Szenario". Laut Reuters erklärte der Minister während einer Konferenz in Südfrankreich:
"Ich denke, dass eine vollständige Unterbrechung der russischen Gaslieferungen eine reale Möglichkeit ist … und wir müssen uns auf dieses Szenario vorbereiten. Es wäre völlig unverantwortlich, dieses Szenario zu ignorieren. Wir sind schon so gut wie da (in dieser Situation)."
Dem Politiker zufolge besteht die erste Reihe möglicher Gegenmaßnahmen der französischen Behörden darin, dass Haushalte und Unternehmen ihren Energieverbrauch reduzieren. Zudem will Paris neue Infrastrukturprojekte wie den Bau einer schwimmenden Anlage einleiten, die in der Lage sein soll, Lieferungen von Flüssigerdgas (LNG) aus Übersee zu verarbeiten. Paris prüft auch, welche Unternehmen gezwungen werden könnten, ihre Produktionskapazitäten zu reduzieren, um Energie zu sparen, sagte Le Maire.
Die französische Regierung hat Notfallpläne ausgearbeitet, obwohl das Land weniger abhängig von russischen Gaslieferungen ist als andere europäische Länder. Berichten zufolge kommen etwa 17 Prozent der französischen Gesamtversorgung aus Russland.
In der vergangenen Woche ergab eine Untersuchung des Forschungszentrums für Energie und saubere Luft (CREA), dass Frankreich im Jahr 2022 bis dato der weltweit größte Importeur von russischem Flüssigerdgas war. Die Daten zeigen, dass die kurzfristigen Käufe von LNG, Rohöl und Ölprodukten im April und Mai einen Wert von rund 900 Millionen erreicht hatten.
Anfang dieses Monats teilte die mit Gazprom verbundene Nord Stream AG mit, dass sie die Nord Stream 1-Pipeline, eine wichtige Leitung, für zehn Tage wegen geplanter jährlicher Wartungsarbeiten abschalten werde. Der Betreiber betonte, dass die Abschaltung zuvor mit allen Partnern abgesprochen worden sei.
Im vergangenen Monat hatte der russische Energieriese die über die Pipeline nach Deutschland gelieferten Gasmengen um 60 Prozent kürzen müssen, weil eine in Kanada gewartete Turbine aufgrund der Sanktionen gegen Russland nicht von dort zurückgeschickt worden war.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cbf0ccb480cc36946dd873.jpeg
Frankreichs Energieminister Bruno Le Maire

8:30 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen Panteleimonowka und Michailowka**
Die ukrainischen Streitkräfte haben gleichzeitig die Dörfer Panteleimonowka und Michailowka in der Volksrepublik Donezk beschossen und dabei NATO-Geschosse im Kaliber 155 Millimeter verwendet. Das teilte die Vertretung der Republik beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands laut RIA Nowosti mit.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 12.7.2022**
Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR entminen weiter das Territorium der Republik.
So haben Pioniere der Volksmiliz der LVR gestern mehr als 4 Hektar Territorium von explosiven Objekten, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Priwolje und Schipilowka zurückgelassen wurden, gesäubert.
Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien der Republik fort.
So hat die 4. Brigade der Volksmiliz der LVR gestern humanitäre Hilfe von den Schwestern Kornienko erhalten, darunter ist Ausrüstung, Kommunikationsmittel, Tarnnetze, Schlafsäcke sowie viele andere notwendige Ausrüstung.
Außerdem hat eine Einheit der Volksmiliz der LVR humanitäre Hilfe von Zuschauern und vom Kollektiv des Fernsehsenders „Spas“ erhalten, darunter sind Quadrokopter, Infrarotsichtgeräte, Nachtsichtgeräte, Ohrenschutz, Tarnnetze und eine Menge für die Führung von Kampfhandlungen notwendige Dinge.

8:55 de.rt.com: **Tokio fordert neutrale G20-Länder zu Sanktionen gegen Moskau auf**
Die japanischen Behörden würden die G20-Mitgliedsstaaten, die sich gegenüber der Situation in der Ukraine neutral verhalten, dazu ermutigen, antirussische Sanktionen zu verhängen. Das verkündete Außenminister Yoshimasa Hayashi am Dienstag auf einer Pressekonferenz in Tokio. Er erklärte:
"Um die Sanktionen noch wirksamer zu machen, beabsichtigt unser Land in Zusammenarbeit mit der Weltgemeinschaft, angefangen bei der G7, weitere geeignete Maßnahmen zu entwickeln."
"Darüber hinaus werden wir innerhalb der G20 die Staaten, die eine neutrale Position eingenommen haben, ermutigen, die Beschränkungen aufzuerlegen."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62ccf6ef48fbef04a7314384.jpg
Yoshimasa Hayashi

9:15 de.rt.com: **Kiew: Ukraine verfügt über eine Million Soldaten für Rückeroberung des Südens**

Der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow hat in einem Interview den vom Präsidenten Selenskij erteilten Befehl enthüllt, den südlichen Teil der Ukraine zurückzuerobern. Um diesem Befehl nachzukommen, sei geplant, eine Armee mit bis zu einer Million Mann zu mobilisieren.

Die ukrainischen Truppen haben den Auftrag bekommen, den Süden des Landes zurückzuerobern und würden über etwa eine Million Kämpfer verfügen, um diese und andere Aufgaben des Kommandos zu erfüllen. Dies behauptete der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow im Gespräch mit der britischen Zeitung The Times, das am Sonntagabend veröffentlicht wurde. Der Minister kommentierte dazu:

"Wir verstehen, dass dies für unser Land politisch äußerst notwendig ist. Der Präsident hat den Oberbefehlshaber der Streitkräfte angewiesen, Pläne zu entwickeln."

Wie Resnikow betonte, beläuft sich die Gesamtzahl der Soldaten in dem Bestand der ukrainischen Streitkräfte momentan auf rund 700.000 Kämpfer, und er fügte hinzu:

"Und wenn man die Nationalgarde, die Polizei und den Grenzschutz dazu zählt, sind wir etwa eine Million stark."

Der ukrainische Verteidigungsminister vertrat darüber hinaus die Ansicht, dass westliche Waffen den ukrainischen Truppen bei der Erfüllung dieser Aufgaben helfen sollten, und forderte die NATO-Länder auf, ihre Militärlieferungen an Kiew zu erhöhen. Er offenbarte auch, dass zwei Brigaden des ukrainischen Militärs derzeit eine Ausbildung in Großbritannien absolvieren.

Inzwischen bezeichnete der Duma-Abgeordnete Michail Scheremet aus der Republik Krim den Befehl von Wladimir Selenskij zur Rückeroberung der von der russischen Armee befreiten Gebiete im Süden der Ukraine als politischen Niedergang. Der Duma-Abgeordnete sagte gegenüber RIA Nowosti:

"Selenskij und seine kriminelle Clique verlieren an allen Fronten, treiben die Ukraine aber weiter auf den drohenden Zusammenbruch zu. Sie haben keine Chance, die von unserer Armee befreiten Gebiete zu erobern. Solche Befehle sind Teil der politischen Agonie des Selenskij-Regimes, die nicht lange anhalten wird. Diese pauschalen Aussagen haben nichts mit der Realität zu tun, denn sie haben keine Kraft, keine Möglichkeiten, keine Mittel und keinen Kampfgeist mehr."

Ihm zufolge werden westliche Waffenlieferungen Russland nicht daran hindern, die mit der militärischen Sonderoperation verfolgten Ziele zu erreichen. Scheremet fügte hinzu:

"Waffenlieferungen werden die Situation nicht ändern können. Für Selenskij ist es bereits an der Zeit, über seine Zukunft nachzudenken. Eine Reise nach Sibirien ist für ihn bereits sicher.

Wir werden eine große Zweimann-Säge für ihn und Resnikow finden, damit sie mit ihrer Arbeit für ihren Verrat am ukrainischen Volk und der gesamten russischen Welt büßen können."
Im Juni hatte der britische Premierminister Boris Johnson bei einem Besuch in Kiew angekündigt, dass Großbritannien und seine Partner im Rahmen von deren Vermittlung für Kiew alle 120 Tage 10.000 ukrainische Soldaten ausbilden werden. Der Lehrgang für das ukrainische Militär solle drei Wochen dauern und das Erlernen von Fähigkeiten umfassen, die für einen "Sieg auf dem Schlachtfeld" erforderlich seien, darunter auch Erste Hilfe, Cybersicherheit und die Entschärfung von Sprengmitteln.
Seit 2015 haben britische Ausbilder insgesamt 22.000 ukrainische Soldaten im Rahmen der Operation Orbital ausgebildet. Diese wurde kurz vor Beginn der russischen militärischen Sonderoperation in der Ukraine abgebrochen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cc2bf248fbef43ef570e01.jpg
Ein Mitglied des "Asow"-Regiments während eines taktischen Militärtrainings in einem Waldgebiet bei Charkow am 13. Juni 2022

9:20 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen Jassinowataja**
Das ukrainische Militär soll die Stadt Jassinowataja in der Volksrepublik Donezk beschossen und dabei Geschosse im Kaliber 122 Millimeter abgefeuert haben. Das teilte die Vertretung der Republik beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands laut RIA Nowosti mit.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 12.7.22 um 10:30 Uhr**
Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine militärischen Objekte sind und keine Gefahr für den Gegner darstellen.
I**n den letzten 24 Stunden hat der Gegner** nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 170 Geschosse** mit Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.
Die Gebiete von **11 Ortschaften** der Republik wurden beschossen.Dabei wurden 3 Wohnhäuser beschädigt.
Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.
Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: ein Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, eine Drohne „Furija“, 3 Schützenpanzerwagen und 2 Panzerfahrzeuge, 2 Feuerstellungen des Gegners in den Gebieten von Awdejewka und Nowomichajlowka wurden vernichtet.

9:45 de.rt.com: **Russischer Finanzminister: US-Dollar und Euro sind "toxisch" für Russland**

Aktuelle Fluktuationen im Wechselkurs zwischen dem Rubel und dem US-Dollar würden den Einnahmen des russischen Staates mehr kosten, daher sei ein System zur vorhersehbaren Festlegung des Wechselkurses im Rahmen der Haushaltsordnung erforderlich, verkündete der russische Finanzminister Anton Siluanow in einem Interview mit der Zeitung Wedomosti. Er erklärte:

"Ich würde nicht sagen, dass ein Wechselkurs, bei dem ein US-Dollar 50 Rubel kostet, unsere neue Realität ist. Ja, wir haben einen frei schwankenden Wechselkurs, sodass eine starke Zahlungsbilanz infolge geringerer Importe, guter Energieeinnahmen und Beschränkungen des Kapitalverkehrs Druck auf die Aufwertung des Rubels ausübt. Ein solcher Wechselkurs wirkt sich negativ auf den Haushalt aus."

Das Finanzministerium sehe auch die Besorgnis der russischen Exporteure, die von den Exporteinnahmen abhängig seien, und diese würden in Rubel schrumpfen. Der Minister fügte hinzu:

"In normalen Zeiten hätte sich bei uns die holländische Krankheit entwickelt – die Importe in das Land würden bei einem solchen Kurs mit Sicherheit ansteigen. Die einheimischen Hersteller würden mit einem Zustrom billiger, in Rubel abgebildeter Importwaren konfrontiert, was zu einem Rückgang bei der einheimischen Produktion und bei den Arbeitsplätzen führen würde."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cd057b48fbef1db44445b1.jpg

10:10 de.rt.com: **Reuters: USA befürchten aufgrund antirussischer Sanktionen Ölpreisanstieg auf 140 US-Dollar pro Barrel**

Die US-Behörden sind der Ansicht, dass die globalen Erdölpreise auf 140 US-Dollar pro Barrel steigen könnten. Um dies zu verhindern, will Washington seinen Vorschlag durchsetzen, den Preis für Öl aus Russland zu begrenzen und gleichzeitig einen Mechanismus einzuführen, nach dem Russland nur dann Verträge zur Versicherung und zum Transport seines Öls abschließen kann, wenn der Preis einen bestimmten Höchstwert nicht übersteigt. Dies berichtete die Nachrichtenagentur Reuters am Montag unter Berufung auf einen anonymen Beamten im US-Finanzministerium.

Die Quelle erinnerte daran, dass US-Finanzministerin Janet Yellen bei einem Treffen mit dem japanischen Finanzminister Shunichi Suzuki am Dienstag in Tokio die Einführung einer Obergrenze bei den Preisen für Öl aus Russland erörtern wolle. Yellen zufolge gehe es darum,

eine Preisobergrenze festzulegen, die Moskau daran hindern würde, die Militäroperation in der Ukraine zu finanzieren, aber die Grenzkosten der Produktion decke, sodass Russland weiterhin an Ölexporten interessiert sei.

Dan-news.info: **Mindestens 80 Menschen wurden bei einem Raketenschlag auf Nowaja Kachowka** in der Oblast Cherson von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine **verletzt oder getötet**. Dies teile der stellvertretende Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung der Oblast Cherson Kirill Stremoussow mit.
„Die Trümmerräumung läuft. Es gibt etwa 80 betroffene Menschen, es gibt fünf Tote, weitere sieben sind vermisst, nach ihnen wir gesucht“, sagte Stremoussow.
Gestern Abend haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Nowaja Kachowka mit amerikanischen Mehrfachraketenwerfern HIMARS beschossen.

10:42 de.rt.com: **Putin erleichtert allen Ukrainern Erwerb der russischen Staatsbürgerschaft**
Der russische Präsident hat das Verfahren zur Erlangung der russischen Staatsbürgerschaft für alle Einwohner der Ukraine vereinfacht. Den Bewohnern der DVR und LVR wurde dieses Recht bereits im Jahr 2019 gewährt, den Bewohnern von Cherson und Saporoschje im Mai 2022.
Russlands Präsident Wladimir Putin hat einen Erlass unterzeichnet, der es Bürgern der Ukraine sowie der Volksrepubliken Donezk und Lugansk ermöglicht, die russische Staatsbürgerschaft in einem vereinfachten Verfahren zu erhalten. Das Dokument wurde auf dem offiziellen Internetportal für Rechtsinformationen veröffentlicht. Der Text des Dekrets lautet wie folgt:
"Bürger der Ukraine, der Donezker Volksrepublik oder der Lugansker Volksrepublik sowie Staatenlose, die sich dauerhaft auf dem Gebiet der DVR, der LVR oder der Ukraine aufhalten, haben das Recht, die russische Staatsbürgerschaft in einem vereinfachten Verfahren zu beantragen."
In dem Dokument wird darauf hingewiesen, dass die Ableistung des Militärdienstes kein Grund für die Verweigerung der Staatsbürgerschaft sein sollte.
Staatenlose, die eine Migrationskarte, eine befristete Aufenthaltserlaubnis, eine Aufenthaltsgenehmigung, eine Flüchtlingsbescheinigung, eine Bescheinigung über vorübergehendes Asyl oder eine Bescheinigung über die Teilnahme am staatlichen Programm zur freiwilligen Wiederansiedlung besitzen, können ebenfalls die russische Staatsbürgerschaft beantragen.
Die Einwohner der DVR und LVR hatten bereits im Jahr 2019 Anspruch auf ein vereinfachtes Verfahren zur Erlangung der russischen Staatsbürgerschaft, die Einwohner von Cherson und Saporoschje im Mai 2022. Das Verfahren verkürzt die Aufenthaltsdauer eines ausländischen Bürgers oder Staatenlosen in Russland vor der Beantragung der Staatsbürgerschaft auf ein Jahr oder weniger.
Ausländer mit mindestens einem russischen Elternteil, Ausländer mit ständigem Wohnsitz in Russland, russische Muttersprachler und Vertreter bestimmter Berufsgruppen können die russische Staatsbürgerschaft auch nach der vereinfachten Regelung erhalten. Am 30. Mai vereinfachte Putin das Verfahren zur Erlangung der Staatsbürgerschaft für Waisenkinder aus der Ukraine, der DVR und der LVR. Bewerben können sich Vormünder und Betreuer von Waisenkindern, die Bürger Russlands, der DVR, der LVR oder der Ukraine sind, sowie Leiter von öffentlichen Organisationen aus den Regionen DVR, LVR, Saporoschje und Cherson in der Ukraine.
Im Juni teilte das russische Innenministerium mit, dass seit April 2019 über 800.000 Bewohner der Volksrepubliken Donezk und Lugansk die russische Staatsbürgerschaft erhalten haben.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cc38a3b480cc31ec324498.jpg

10:50 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen die Volksrepublik Donezk 38 Mal binnen 24 Stunden**
Die ukrainische Armee soll das Gebiet der Volksrepublik Donezk im Laufe der vergangenen 24 Stunden 38 Mal beschossen haben. Dabei sollen 178 Geschosse auf elf bewohnte Gebiete abgefeuert worden sein, berichtet die Vertretung der Republik beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands.

10:56 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte beschießen Nowaja Kachowka: Tote, Verletzte und massive Zerstörung**
In der Nacht zum 12. Juli hat die ukrainische Armee nach Angaben der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Cherson die Stadt Nowaja Kachowka angegriffen. Dabei kam es zu Detonationen in Mineraldüngerlagern. Die Behörden meldeten schwere Schäden und Dutzende Opfer.
Die Stadt Nowaja Kachowka im von der russischen Armee kontrollierten Gebiet Cherson ist in der Nacht zum Dienstag unter schweren Beschuss geraten. Nach Angaben des Vizechefs der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets, Kirill Stremoussow, griff die ukrainische Armee die Stadt mit Mehrfachraketenwerfern vom Typ HIMARS aus US-Produktion an. Demnach habe es insgesamt sechs Angriffe gegeben. Drei davon seien von der Flugabwehr abgewehrt worden.
Bei dem Angriff kam es zu Detonationen in Mineraldüngerlagern. Der Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung von Nowaja Kachowka, Wladimir Leontjew, sprach von äußerst schweren Schäden: Die Zahl der beschädigten Gebäude, darunter Wohnhäuser, Kindergärten, Schulen und Kirchen, könnte nach vorläufigen Schätzungen in die Hunderte gehen:
"Ich glaube, es werden Hunderte beschädigte Häuser sein, denn sogar in einer sehr großen Entfernung sind Fensterscheiben und Fensterrahmen durch die Druckwelle kaputtgegangen."
Leontjew zufolge wurde bei der Attacke das Werk GTMK zerstört, das Ausrüstung für Wasserkraftwerke weltweit hergestellt hatte. Außerdem fielen in der Stadt der Strom und die Gasversorgung aus. Bislang meldeten die örtlichen Behörden mindestens fünf Tote, sieben Vermisste und etwa 80 Verletzte. Weitere Betroffene könnten noch unter den Trümmern sein.
Der Chef der Stadtverwaltung verurteilte den ukrainischen Angriff als einen "gut kalkulierten, grausamen und zynischen Terrorakt". Leontjew machte dafür den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij verantwortlich:
"Zu unserem großen Bedauern und zu unserer Entrüstung wurde dies auf Befehl des Staatspräsidenten getan, für den unter anderem Menschen, die nun starben, gestimmt hatten. Das ist eine Katastrophe für unsere friedliche Stadt."
Er verglich die Folgen des ukrainischen Angriffs mit der Katastrophe in Beirut von vor knapp zwei Jahren, als im Hafen der libanesischen Hauptstadt mehrere Tonnen Ammoniumnitrat

explodiert waren.
Die Leiterin eines örtlichen Zentrums für humanitäre Hilfe, Natalja Sarja, teilte Journalisten mit, dass in Nowaja Kachowka ein Lager mit 35 Tonnen Hilfsgütern, darunter Lebensmittel für Ortsansässige, zerstört worden sei.
"Alles ist ausgebrannt. Für die Stadt war das Lager sehr wichtig, weil wir hier weder Renten noch Gehälter bekommen."
Das Lager habe auch Einwohner der umliegenden Dörfer mit Lebensmitteln versorgt, erklärte Sarja.
Auf eine Anfrage der russischen Nachrichtenagentur TASS wollte das Pentagon den Angriff auf Nowaja Kachowka mit vermutlich HIMARS-Raketenwerfern aus US-Produktion zunächst nicht kommentieren. Ein Sprecher verwies die Frage an das Verteidigungsministerium in Kiew. UNO-Sprecher Farhan Hak erklärte der Agentur am Dienstagmorgen, die Vereinten Nationen seien gegen jegliche Angriffe auf zivile Infrastrukturobjekte.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cd2f09b480cc715d6bbee7.jpg
Russische Armeeangehörige vor dem Kachowskaja-Wasserkraftwerk in Nowaja Kachowka, 20. Mai 2022

11:15 de.rt.com: **Medienbericht: Ukrainische Streitkräfte verlieren bis zu 20.000 Soldaten pro Monat, deshalb wird jeder eingezogen**
Die ukrainischen Streitkräfte verlieren jeden Monat bis zu 20.000 Soldaten, sodass die Vertreter der militärischen Registrierungs- und Rekrutierungsbüros buchstäblich hinter jeder Person herlaufen, um ihr eine Vorladung zu überreichen. Dies schreibt die britische Zeitung Daily Mail.
Das Blatt stellt fest, dass die von Kiew angewandten Methoden zur Mobilisierung militärischer Rekruten den Menschen in der Ukraine Sorgen bereiten würden. So habe sich beispielsweise eine Frau darüber beschwert, dass die ukrainischen Beamten einen 18-jährigen Radfahrer eingeholt hätten, um ihn zu einer Rekrutierungsstelle zu bringen. In Lwow wären Männer direkt vor einer Kirche vorgeladen worden, was den Priestern missfiel. In Odessa hätten Polizeibeamte am Strand nach potenziellen Soldaten gesucht.
Daily Mail berichtete auch über einen Westukrainer, der angeblich sein Haus nicht mehr verlässt, um nicht eingezogen zu werden.
Die Zeitung erinnerte an die jüngste Entscheidung des ukrainischen Armeechefs Waleri Saluschny, die Bewegungsfreiheit von wehrpflichtigen Männern im Alter von 18 bis 60 Jahren streng einzuschränken. Obwohl der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij diesen Befehl später zurückgenommen habe, spiegele die Lage das Problem der hohen Verluste in den Streitkräften wider, so Daily Mail.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cd1864b480cc691c79e897.jpg

12:32 (11:32) ria.ru: D**er Kreml kommentierte die Aussage von Walesa über den Wunsch, Russland zu verkleinern**
Peskow: Die Aussagen des Ex-Präsidenten Polens Walesa werden die Souveränität Russlands nicht beeinträchtigen.
Die Äußerungen des ehemaligen polnischen Präsidenten Lech Walesa über den Wunsch, Russland auf 50 Millionen Einwohner zu reduzieren, seien nicht geeignet, die Souveränität der Russischen Föderation zu beeinflussen, erklärte der Pressesprecher des Präsidenten der Russischen Föderation Dmitri Peskow während einer Gespräch mit Reportern.
"Nein, sie sind dazu nicht fähig", antwortete Peskow auf die Frage, ob die Äußerungen von Walesa, der seinen Willen zur Teilung der Russischen Föderation mitteilte, die Souveränität Russlands beeinträchtigen könnten. Zuvor hatte Walesa die Notwendigkeit angekündigt, einen „Aufstand“ von 60 Völkern auszulösen, wodurch Russland zersplittert und die Bevölkerung des Landes auf 50 Millionen Menschen reduziert würde.
Zuvor hatte der Vorsitzende des Staatsduma-Ausschusses für internationale Angelegenheiten, Leonid Slutsky, darauf hingewiesen, dass Warschau den „schizophrenen Unsinn“ über die Schwächung Russlands nach dem Vorbild der UdSSR oder Jugoslawiens aufgeben und über die Folgen der antirussischen Politik nachdenken sollte, die vor dem Hintergrund steigender Kraftstoffpreise zu Unruhen in der Bevölkerung führen könnte. Der Abgeordnete der Staatsduma von „Einiges Russland“, Oleg Morosow, kommentierte die Worte von Walesa und sagte gegenüber RIA Novosti, dass er Angst vor Russland ausstrahle.

https://cdnn21.img.ria.ru/images/154854/90/1548549039_0:315:3080:2048_640x0_80_0_0_e227c2a1c35a293cd674702dc826bfc7.jpg
Lech Walesa

11:40 de.rt.com: **Russland: Zahl der Flüchtlinge aus der Ukraine und dem Donbass**

übersteigt 2,5 Millionen
Eine Quelle in russischen Sicherheitsstrukturen hat der Nachrichtenagentur TASS gemeldet, dass seit dem Beginn des russischen Militäreinsatzes mehr als 2,5 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine und dem Donbass nach Russland eingereist seien. Die Quelle berichtete:
"Nach Angaben von Dienstagmorgen haben 2,5 Millionen Menschen, darunter 394.000 Kinder, die Grenze zur Russischen Föderation überquert. Die Hälfte der Angekommenen sind Bürger der DVR und LVR."
Die Flüchtlinge erhalten eine einmalige finanzielle Hilfe, so die Quelle weiter. Außerdem werden solche Beihilfen auch an Menschen in den von Russland kontrollierten Gebieten der Ukraine gezahlt.

nachmittags:

12:05 de.rt.com: **LVR: Ukrainische Streitkräfte müssen zum Dnepr zurückgedrängt werden**
Um die Sicherheit der Donezker und Luganskер Volksrepubliken zu gewährleisten, müsse das ukrainische Militär bis zum Fluss Dnepr versetzt werden, sagte der Oberstleutnant der Luganskер Volksmiliz Andrei Marotschko in einer Sendung von RT:
"Man muss den Gegner bis Dnepr zurückdrängen, erst dann können wir davon reden, dass wir in kompletter Sicherheit sind."
Marotschko erklärte, dass eine Gefahr für die Zivilisten in den Volksrepubliken so lange bestehe, wie die ukrainischen Truppen in der Lage seien, den Donbass aus Fernfeuerwaffen zu beschießen. Im Falle einer möglichen Lieferung von anderen Munitionstypen für die HIMARS-Raketenwerfer wird sich die Gefahr noch weiter vergrößern, da die Reichweite der neuen Raketen 120 bis 300 Kilometer betrage.
Der Oberstleutnant fügte hinzu, dass die Streitkräfte der LVR und der DVR beide Republiken gemeinsam schützen würden. "Wir arbeiten als eine Einheit, daher werden wir nicht nur die Sicherheit der LVR, sondern auch der DVR berücksichtigen", sagte er.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cd3291b480cc73106c368b.jpg
Soldaten der Volksmiliz der LVR bei Lissitschansk

13:20 (12:20) deu.belta.by: **Lukaschenko gibt Statements zur aktuellen militärpolitischen Situation ab**
Präsident Alexander Lukaschenko hat heute bei der Ehrung von Absolventen militärischer Hochschulen und hochrangigen Offizieren mehrere Statements zur aktuellen militärisch-politischen Lage in der Region und in der Welt abgegeben.
Der Staatschef wies darauf hin, dass westliche Länder zunehmend Druck auf Belarus

ausüben, sowohl im militärischen und politischen als auch im wirtschaftlichen und informationellen Bereich. Es wird versucht, die wirtschaftlichen und politischen Bündnisse zu spalten, wo Belarus und Russland Mitglieder sind.

„Ein massiver Druck hat dazu geführt, dass einige unserer Verbündeten in der OVKS und der GUS leider eine abwartende Haltung einnehmen. Belarus bleibt seiner Politik treu. Wir unterhalten den Dialog mit den Ländern, die unsere Meinung und unsere Interessen respektieren“, sagte der Präsident.

„Die Ereignisse in und rund um Belarus und Russland erfordern große Wachsamkeit und Konzentration. Die Länder des Westens handeln konsequent, methodisch und sogar gegen ihre eigenen nationalen Interessen, gegen die Wünsche ihrer Bürger. Das System der globalen Sicherheit wird zerstört“, sagte Alexander Lukaschenko.

Der Präsident wies darauf hin, dass diese gezielte Politik letztlich zu einem militärischen Konflikt in der Ukraine geführt hat.

Dabei machte er darauf aufmerksam, dass unter dem Deckmantel der Stärkung der europäischen Verteidigung und allerlei „defensiver“ Übungen die NATO-Staaten eine gepanzerte Faust bilden, die eindeutig nicht zur Verteidigung gedacht ist. Die Militärs sehen das. Offenbar haben die frischgebackenen NATO-„Kreuzritter“ plötzlich beschlossen, dass jetzt der richtige Zeitpunkt für einen weiteren „Drang nach Osten“ ist, und dabei vergessen, wie ähnliche Kampagnen für ihre historischen Vorgänger endeten“.

Der Westen betreibt Aufklärung am Boden und in der Luft, verbessert seine Militärlogistik, führt Übungen durch, rüstet Armeen auf und verlagert militärisches Gerät aus anderen Regionen. Gleichzeitig werden Militäretats aufgestockt.

„Nun haben die neutralen Schweden und Finnland plötzlich den dringenden Wunsch geäußert, der NATO beizutreten, und die Allianz ist bereit, sie entgegen ihren Regeln im Eilverfahren in das Bündnis aufzunehmen. Wohlgemerkt, ohne die Meinung der Bevölkerung dieser Länder zu erfragen. Auf dem kürzlich abgehaltenen NATO-Gipfel wurde die Absicht erklärt, die Präsenz und den Einfluss der NATO in Europa grundsätzlich zu verstärken“, erinnerte der Präsident.

„In letzter Zeit werden strategische Pläne für einen Angriff auf Russland entwickelt. Und die Hauptrichtung des Angriffs geht durch die Ukraine und durch Belarus“, sagte Alexander Lukaschenko.

BelTA hatte berichtet, dass die Präsidenten von Belarus und Russland am 11. Juli ein Telefongespräch durchgeführt haben. Im Mittelpunkt stand unter anderem der Streit um den Transit nach Kaliningrad. Im Anschluss an die Petersburger Gespräche im Juni setzten die Staatsoberhäupter ihren Austausch über Verteidigungs- und Sicherheitsfragen zwischen den beiden Ländern fort.

https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000019_1657621241_61258_big.jpg

12:25 de.rt.com: **Iskander-Raketen zerstören US-Harpoon-Abschussrampen im Gebiet Odessa**
Die russische Armee soll mithilfe ihrer Iskander-Präzisionsraketen Abschussrampen des US-amerikanischen Schiffsabwehrraketensystems Harpoon im Gebiet Odessa zerstört haben. Das teilte Generalleutnant Igor Konaschenkow, der offizielle Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, am Dienstag mit. Er erklärte laut TASS:
"In der Nähe der Siedlung Beresan im Gebiet Odessa zerstörten hochpräzise bodengestützte Iskander-Raketen die Abschussrampen des Schiffsabwehrraketensystems Harpoon aus US-amerikanischer Produktion."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cd475548fbef0526423929.jpg
Das taktische Raketensystem Iskander M der russischen Streitkräfte

12:40 de.rt.com: **Ukrainische Drohnen werfen Minen in der Nähe des Atomkraftwerks Saporoschje ab**
Zwei ukrainische Drohnen sollen ein Gebäude in der Nähe des Kernkraftwerks Saporoschje angegriffen haben. Das teilte ein Sprecher der militärisch-zivilen Verwaltung der Stadt Energodar gegenüber RIA Nowosti mit. Er erklärte:
"Heute um 0:26 Uhr warfen zwei Drohnen der ukrainischen Streitkräfte zwei Minen mit einem Kaliber von 120 Millimetern auf ein Gebäude in der Nähe des Kernkraftwerks Saporoschje ab. Das Dach und die Verglasung wurden beschädigt. Es gab keine Verletzten."

https://cdnn21.img.ria.ru/images/07e6/04/07/1782258440_0:0:3072:1728_640x0_80_0_0_49fab0df0456c9f47531afc92d4bf9df.jpg
KKW Saporoschje in Energodar

13:40 (12:40) novorosinform.org: **Das Verteidigungsministerium berichtete, wie viele Söldner für Kiew kämpfen**

Das russische Verteidigungsministerium nannte die Zahl der ausländischen Söldner, die auf der Seite der Streitkräfte der Ukraine kämpfen.
Der offizielle Vertreter des Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, zitierte Daten über die Anzahl und Nationalität ausländischer Söldner, die an den Kämpfen auf Seiten Kiews teilnehmen, schreibt Lenta.
Insgesamt gab es demnach 7107 Söldner aus 65 Staaten in den BFU. Unter Berücksichtigung der liquidierten und aus den Reihen der ukrainischen Armee ausgeschiedenen Personen beläuft sich ihre derzeit Zahl auf 2.741 "Glückssoldaten".
Je eine Person kam aus Neuseeland, China, Chile und dem Iran. An der Spitze liegt Polen, aus dem 1835 Menschen kamen, Kanada mit 605 Söldnern und die Vereinigten Staaten, von wo 544 kamen.
Polen steht auch bei den Opfern unter den Söldnern an erster Stelle. Von 1835 Personen wurden 544 liquidiert.

https://www.novorosinform.org/content/images/87/19/48719_720x405.jpg

13:05 de.rt.com: **LVR-Innenministerium: Polen und Deutschland finanzierten ein Bataillon weißrussischer Söldner**
Eine Reihe europäischer Länder, darunter Polen, die baltischen Staaten, Deutschland und Rumänien, sollen das sogenannte Kalinowski-Bataillon finanziert haben, dem auch weißrussische Söldner angehörten. Das verkündete der Berater des Innenministers der Volksrepublik Lugansk, Witali Kiseljow, gegenüber RIA Nowosti.
Zuvor hatte er bekannt gegeben, dass LVR-Soldaten eine Sabotage- und Aufklärungsgruppe weißrussischer Söldner im Donbass gefangen genommen hatten, die einen Angriff in Lissitschansk geplant hätten. Kiseljow erklärte:
"Die Finanzierung dieser weißrussischen Einheit kam aus Polen, aus dem Vereinigten Königreich. Die baltischen Länder beeilten sich dabei, ihre Rechnungen zu bezahlen, Deutschland und Rumänien auch. Ich glaube, es gab auch Zahlungen aus Ungarn."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cd303148fbef1db44445c4.jpg

14:15 (13:15) rusvesna.su: **Angriffe auf militärische Ziele in Charkow**
Die russische Armee startete Angriffe gegen ukrainische Militäreinrichtungen im Industriegebiet von Charkow.
Der örtliche Gauleiter Oleg Sinegubow (Leiter der regionalen staatlichen Verwaltung von Charkow) bestätigt die Treffer. Es wird berichtet, dass Brände an den betroffenen Orten ausbrachen.
Bisher seien 15 Angriffe auf militärische Ziele durchgeführt worden.
Wie *Russkaja Wesna* berichtete, versuchten die Streitkräfte der Ukraine zuvor eine Offensive in der Region Saporoschje, die jedoch fehlschlug.

https://cdn4.telegram-cdn.org/file/vfNuS744ln9SiJKrPtyehU8tx6rULclz3skxHRwzvciautFhV4sCoyoXS60PobCfMuo28pxxaEjluniO2huN8ZnZByoeqCKNcaXu0UoGOlkIwZueQw3bNgNDOOMfFZjVTwytdC5E2oSACsjJaBkJ1Nl3EsXrb4JsETWzlIsLF6Q-9Jhd6zvagg8SWNyU4U38_5TljEz67th4s6Ua0pp-4JY9IHHdCb8acVNYwKhI40Li68LYNt-b1HOeCgGyNyoKGjNTLO3Xo6JvrpG7HTEpYOGfmFng8RtmNJMohKWW6ez4YmlAJakQH5CCzyOkm1H65h2Nv7UtrmXvpZrv-ukVfw.jpg

13:20 de.rt.com: **Cherson-Beamter: Angriff auf Nowaja Kachowka war terroristischer**

Akt
Der Angriff auf Nowaja Kachowka wurde im Voraus auf kalkulierte und zynische Weise geplant, es handelt sich um einen terroristischen Akt. Dies verkündete der Wladimir Leontjew, der Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung des Bezirks Kachowka. Er betonte laut TASS: "Das ist zynisch, ekelhaft, abscheulich und kriminell. Dies ist ein terroristischer Akt gegen Zivilisten."
Seit es die Kontrolle darüber verloren hat, beschießt das ukrainische Militär regelmäßig Wohnviertel im Gebiet Cherson. So schlugen Kiews Truppen am Montagabend auch in Nowaja Kachowka zu. Laut örtlichen Behördenangaben seien dabei mindestens sieben Menschen gestorben und mehr als 70 verletzt worden. Sechs Kinder seien aus den Trümmern geborgen worden, sieben weitere Personen gelten als vermisst.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Über operative Kanäle des GZKK der DVR sind **zusätzliche Informationen über Opfer unter der Zivilbevölkerung infolge des Beschusse**s unter Einsatz von Mehrfachraketenwerfern M142 „HIMARS“ durch die BFU **auf den Bezirk Amwrowsiewka** eingegangen.
Es **starben**:
- Männer geb. 2003, 1992 und 2003.
Unterschiedlich schwer wurden **39 Menschen verletzt**:
- eine Frau geb. 1963;
- 38 Männer.
Nach 4 Menschen wird gesucht.
Alle Verletzten sind Freiwillige der gesellschaftlichen Organisation „Molodaja Respublika“ unter befanden sich im Rahmen von humanitären Tätigkeiten zur Hilfeleistung für die Bevölkerung am Ort des Beschusses.
Die Vertretung der DVR im GZKK äußert den Verwandten und Freunden der Toten ihr tiefes Mitgefühlt und wünscht den Verletzten eine möglichst schnelle Genesung.
Es gehen weiter Informationen über die Golgen des Beschusses ein.

13:35 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte beschießen Gorlowka mit Artillerie**
Die ukrainischen Streitkräfte sollen 20 Raketen des Mehrfachraketenwerfersystems Grad und andere Artillerie auf Gorlowka abgefeuert haben. Dies teilte die Vertretung der Volksrepublik Donezk im Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands am Dienstag mit.
Das Feuer sei um 11:20 Uhr Moskauer Zeit aus Kurdjumowka geführt worden. Die ukrainischen Streitkräfte hätten bei den Angriffen Artillerie der Kaliber 155, 152 und 122 Millimeter sowie 120 Millimeter Mörser einsetzen.
Laut dem Bürgermeister der Stadt, Iwan Prichodko, soll ein Geschoss auf dem Dach eines Kindergartens eingeschlagen sein, wonach ein Feuer ausgebrochen ist.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cd42bf48fbef1db44445de.jpg
Ein zerstörtes Wohnhaus in Gorlowka

13:45 de.rt.com: **Justizminister der DVR: Werden alle Behörden in zwei bis drei Monaten vollständig auf russische Standards umgestellt haben**
Alle Ministerien und Behörden der Volksrepublik Donezk werden innerhalb der nächsten zwei bis drei Monate vollständig auf russische Standards umgestellt sein. Das verkündete der Justizminister der Republik, Juri Sirowatko, am Dienstag. Er fügte hinzu:
"Alle Ministerien und Behörden werden umfassend gemäß den Standards der Russischen Föderation reformiert."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cd33a4b480cc715d6bbeec.jpg

13:55 de.rt.com: **Russische Streitkräfte eliminierten in den letzten drei Wochen rund 400 ausländische Söldner in der Ukraine**
Die Zahl der ausländischen Söldner in der Ukraine gehe stetig zurück, verkündete Generalleutnant Igor Konaschenkow, der offizielle Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, laut TASS am Dienstag. Innerhalb der letzten drei Wochen seien etwa 400 Söldner eliminiert worden, etwa 3.000 seien heute noch in der Ukraine tätig.
Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums sind seit dem 24. Februar 7.100 Söldner aus mehr als 60 Ländern – in Europa und Amerika sowie Asien, Afrika und Australien – in der Ukraine eingetroffen, berichtet RIA Nowosti.

14:20 de.rt.com: **New Yorker Behörden veröffentlichen Leitlinien für den Fall eines Atomangriffs**
Das New York City Emergency Department hat ein Video veröffentlicht, in dem es den New Yorkern rät, im Falle eines Atomschlags auf die Stadt Schutz in ihren Häusern zu suchen und Fenster und Türen zu schließen. Die Autoren des Videos rufen dazu auf, nicht nachzufragen, warum oder wie es zu einem derartigen Angriff kommen könnte. Auf der Website der Behörde heißt es:
"Das New York City Emergency Department hat heute eine neue Mitteilung veröffentlicht, die sich auf die Vorbereitung auf einen nuklearen Zwischenfall konzentriert. Obwohl die Wahrscheinlichkeit eines nuklearen Zwischenfalls in oder um New York City sehr gering ist, ist es wichtig, dass die New Yorker wissen, wie sie sich schützen können."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cd3c89b480cc73106c3697.jpg

Freiheitsstatue auf Liberty Island im New Yorker Hafen

14:45 de.rt.com: DVR: **Berufung gegen Todesurteil für drei Söldner soll bis zum Monatsende geprüft werden**

Die von zwei britischen und einem marokkanischen Staatsbürger, die in der Donezker Volksrepublik als ausländische Söldner zum Tode verurteilt wurden, eingelegten Berufungen gegen das Urteil sollen bis zum Ende dieses Monats geprüft werden. Dies berichtete der Justizminister der DVR Juri Sirowatko in einer Sendung des Kanals Rossija 24. Er sagte: "Gegenwärtig wird die Berufung in Bezug auf drei ausländische Staatsbürger geprüft. […] Ich denke, bis zum Ende des Monats wird das Gericht eine Entscheidung treffen."

Die in Mariupol gefangen genommenen britischen Staatsbürger Aiden Aslin und Shaun Pinner sowie der Marokkaner Ibrahim Saadun waren in Donezk am 9. Juni zum Tode verurteilt worden. Jeder der drei Verurteilten legte eine Berufung gegen das Urteil ein.

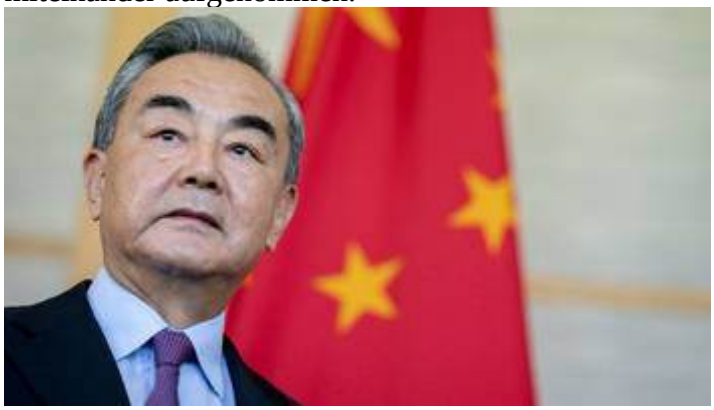
https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cd447b48fbef04a73143c1.jpg

Aiden Aslin, Shaun Pinner und Ibrahim Saadun (v.l.n.r.) während der Gerichtsverhandlung in Donezk, Aufnahme vom 7. Juni

14:59 de.rt.com: **Chinas Außenminister Wang Yi: "Asiatische Nationen sollten nicht als Schachfiguren benutzt werden"**

Chinas Außenminister Wang Yi sagte in einer Rede vor dem Sekretariat des Verbands Südostasiatischer Nationen (ASEAN), dass sich Südostasien vor dem geopolitischen Kalkül

der Großmächte schützen sollte. Die Zukunft der Region müsse in den eigenen Händen liegen.
Chinas Außenminister Wang Yi sagte in einer Rede vor dem Sekretariat des Verbands Südostasiatischer Nationen (ASEAN) in der indonesischen Hauptstadt Jakarta am Montag, dass die südostasiatischen Länder es vermeiden sollten, als "Schachfiguren in Rivalitäten zwischen Großmächten" benutzt zu werden. Viele Länder in der Region stünden unter Druck, Partei zu ergreifen.
Wang erklärte in seiner Rede:
"Wir sollten diese Region vor geopolitischem Kalkül und dem Gesetz des Dschungels bewahren, davor, als Schachfigur in der Rivalität der Großmächte benutzt zu werden und vor Zwang [...] Die Zukunft unserer Region sollte in unseren eigenen Händen liegen."
Südostasien ist aufgrund seiner strategischen Bedeutung seit langem ein Gebiet geopolitischer Reibungen zwischen den Großmächten, und die Länder in der Region fürchten nun, in den Mittelpunkt der Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten und China zu geraten. Zur Verschärfung der Spannungen trägt bei, dass China fast das gesamte Südchinesische Meer als sein Hoheitsgebiet beansprucht. Peking beruft sich dabei auf historische Karten. Dies sorgt für Spannungen mit einigen ASEAN-Ländern, die diese Ansprüche für unvereinbar mit dem Völkerrecht halten.
Wangs Rede erfolgte nur wenige Tage nach seiner Teilnahme an einem G20-Außenministertreffen in Bali und inmitten einer intensiven chinesischen Diplomatie, die ihn in den letzten Wochen zu einer Reihe von Staatsbesuchen in der Region geführt hat. Am Rande des G20-Gipfels hatte Wang ein fünfstündiges Treffen mit US-Außenminister Antony Blinken, wobei beide ihre ersten persönlichen Gespräche seit Oktober als "offen" bezeichneten.
Wang sagte am Montag, er habe Blinken gesagt, beide Seiten sollten die Aufstellung von Regeln für positive Interaktionen diskutieren und gemeinsam den Regionalismus im asiatisch-pazifischen Raum aufrechterhalten.
Wang erklärte: "Die Kernelemente sind die Unterstützung der Zentralität der ASEAN, die Aufrechterhaltung des bestehenden Rahmens für regionale Kooperationen und die gegenseitige Achtung der legitimen Rechte und Interessen im asiatisch-pazifischen Raum, anstatt darauf abzuzielen, die andere Seite anzugreifen oder einzudämmen."
Wang rief die ASEAN-Länder auch dazu auf, sich gegen eine "falsche regionale Zusammenarbeit, die bestimmte Länder ausschließt", zu wehren – eine Anspielung auf die von den USA geführten Sicherheits- und Handelsblöcke, denen China nicht angehört. Das Treffen zwischen Wang und Blinken fand inmitten der Vorbereitungen für virtuelle Gespräche zwischen dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping und US-Präsident Joe Biden statt.
Nach einer langen Pause während der Corona-Krise haben die Chefs der Verteidigungs-, Finanz- und Sicherheitsbehörden der beiden Länder seit letztem Monat wieder Gespräche miteinander aufgenommen.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cd4e6b48fbef070a75fe1e.jpg

15:10 de.rt.com: **Türkei kündigt vierseitiges Treffen zur Getreide-Krise am 13. Juli in Istanbul an**
Die Militärdelegationen Russlands, der Türkei und der Ukraine sowie Vertreter der Vereinten Nationen werden am Mittwoch in Istanbul zusammenkommen, um die Lage bezüglich der ukrainischen Getreideexporte zu besprechen. Dies bestätigte der Chef des türkischen Verteidigungsministeriums, Hulusi Akar, am Dienstag gegenüber Reportern.

15:35 de.rt.com: **Kreml-Pressesprecher Peskow: keine Gesprächsaufnahme zwischen Russland und Ukraine absehbar**
Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hat nach Angaben der Nachrichtenagentur TASS erklärt, dass eine Wiederaufnahme von Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine zurzeit nicht diskutiert werde. Auf eine Frage, ob in nächster Zukunft erneute Gespräche zwischen Moskau und Kiew möglich seien, antwortete er: "Nein, davon ist momentan keine Rede."
Peskow gab weiter an, dass die russisch-ukrainischen Verhandlungen während des Telefonats zwischen Russlands Präsidenten Wladimir Putin und seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdoğan ebenfalls nicht thematisiert wurden. Dennoch hätten die beiden Staatschefs ihre Meinungen in Bezug auf den Ukraine-Konflikt ausgetauscht.

15:44 de.rt.com: **Jair Bolsonaro voller Zuversicht über künftige "viel billigere" Kraftstofflieferungen aus Russland**
Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden globalen Energie-Krise kündigt der brasilianische Präsident Jair Bolsonaro ein Abkommen über Dieselliefernungen aus Russland an. Demnach soll der Kraftstoff ab dann für das südamerikanische Land "viel billiger" sein.
Der brasilianische Präsident Jair Bolsonaro hat am Montag erklärt, es sei "fast sicher", dass seine Regierung ein Abkommen erzielen werde, um "Diesel viel billiger bei Russland zu kaufen". In einem Gespräch mit seinen Anhängern teilte der Politiker mit, dass Petrobras und einige andere Unternehmen den Kraftstoff bislang zu "viel höheren" Preisen gekauft hätten.
Ende Juni hatte Bolsonaro erklärt, er habe in einem Telefongespräch mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin die Möglichkeit erörtert, Dieselkraftstoff in Russland zu kaufen. Der russische Staatschef habe einen "erschwinglicheren Preis" angeboten. Außerdem sagte der brasilianische Präsident, er habe mit Putin über die Nahrungsmittelsicherheit und die Energiesicherheit der beiden Länder gesprochen.
Im Vorfeld der Präsidentenwahl im Oktober versicherte Bolsonaro, dass eine Regierung daran arbeite, dass der Brennstoffimport einen möglichst geringen Einfluss auf die Preise habe. Momentan kämpft das Land gegen eine Inflation von mehr als elf Prozent in den letzten zwölf Monaten. Der wichtigste Herausforderer des amtierenden Staatschefs ist der frühere Präsident Luiz Inácio Lula da Silva.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cd6df048fbef04a7314408.jpg

16:00 de.rt.com: **EU besiegelt erste Milliarde Euro Makrofinanzhilfe für die Ukraine**
Der Rat der Europäischen Union hat auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister die erste Teilauszahlung der neuen Makrofinanzhilfe für die Ukraine in Höhe von einer Milliarde Euro genehmigt. Dies teilte der EU-Handelskommissar Valdis Dombrovskis am Rande einer Sitzung des EU-Ministerrats am Dienstag mit. Er betonte, dass die ukrainische Wirtschaft "dringend eine kurzfristige Finanzierung benötigt", und dass "die EU bereit ist, zu helfen".
Am 18. Mai hatte die Europäische Kommission in einer Mitteilung ein außerordentliches Makrofinanzhilfepaket für die Ukraine in Höhe von insgesamt neun Milliarden Euro angekündigt. Laut Plänen der EU-Kommission sollen die Mittel gegen EU-Garantien bis zum Jahresende bereitgestellt werden. Das am Dienstag besiegelte Darlehen ist das erste Teil des Hilfsprogramms.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cd64d1b480cc505c1a5efa.jpg

16:25 de.rt.com: **Mitglied des russischen Föderationsrates: Militäroperation sollte im Westen der Ukraine beendet werden**
Der stellvertretende Vorsitzende des Komitees für internationale Angelegenheiten des Föderationsrats Russlands, Wladimir Dschabarow, hat erklärt, dass der russische Militäreinsatz im Westen der Ukraine beendet werden sollte. Dies sei notwendig, um Zivilisten gegen Artillerie- oder Raketenangriffe zu schützen. Dschabarow schrieb in seinem Telegram-Kanal:
"Die Ukraine mordet weiterhin routinemäßig die eigenen Bürger. Dabei werden nicht nur die DVR und die LVR angegriffen, sondern auch Gebiete, die formell noch als ukrainisch gelten. Und immer öfter ertappt man sich bei dem Gedanken, dass zur Verhinderung von barbarischem Beschuss von Zivilisten die alliierten Streitkräfte die Militäroperation an der Westgrenze der Ukraine beenden sollten."
Dschabarow bezog sich dabei unter anderem auf den ukrainischen Raketenangriff gegen Nowaja Kachowka am heutigen Dienstag, bei dem nach vorläufigen Angaben mehrere Menschen getötet und etwa 80 weitere verwundet sowie zahlreiche zivile Gebäude beschädigt wurden. Nach Angaben der örtlichen Verwaltung wurde Nowaja Kachowka mit US-amerikanischen HIMARS-Mehrfachraketenwerfern angegriffen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cd71d948fbef070a75fe64.jpg

16:50 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte greifen Wohngebiet in Energodar mit Kamikaze-Drohnen an**
Das ukrainische Militär hat einen Wohnbezirk in der befreiten Stadt Energodar im Gebiet Saporoschje mit Kamikaze-Drohnen attackiert. Dies teilte das Mitglied des Hauptrates der militärisch-zivilen Verwaltung der Region, Wladimir Rogow, am Dienstag auf seinem Telegram-Kanal mit. Er schrieb:
"Selenskijs Kämpfer haben das friedliche Energodar mit Kamikaze-Drohnen angegriffen. Die Angaben zu Schäden und Opfern werden derzeit geklärt. Das AKW Saporoschje setzt seine Arbeit wie gewohnt fort."
Wie Rogow ferner präzisierte, wurden bei der Attacke zwei Drohnen eingesetzt. Die eine sei abgeschossen worden, während die zweite von selbst in der Luft explodiert sei. Zwei weitere Drohnen würden derzeit gesucht, hieß es.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 12. Juli 2022**
Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.
In 37 befreiten Ortschaften wurden Renten ausgezahlt.
Mehr als 2500 Menschen wandten sich an medizinische Einrichtungen.
In Mariupol wurde ein Kommunikationsobjekt zur Inbetriebnahme vorbereitet.
Spezialisten der Elektrizitätswerke haben Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Hochspannungsleitungen und Umspannwerken in Wolnowacha, Mariupol, Sachanka und Iljitschewskoje durchgeführt.
Die Gasverteilungsstation in Sarja und die Gasleitungen im Bezirk Mangusch wurden an die Gasversorgung angeschlossen.
Zivilschutzkräfte haben 28 Hektar Territorium untersucht und 51 explosive Objekte entschärft.
Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Meldungen über vorhandene Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften entgegen.
Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.
Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu

wenden.

17:04 de.rt.com: **Australien fordert von USA schärferes Vorgehen gegen China im Pazifik**
Die Eskalation der Spannungen im Pazifik scheint nicht abbrechen zu wollen. Die westlichen Staaten verstärken ihre militärischen Aktivitäten und suchen gleichzeitig nach weiteren Bündnispartnern gegen China.
Der australische Verteidigungsminister Richard Marles hat die Vereinigten Staaten am Montag aufgefordert, ihre militärische Präsenz in der Region zu verstärken, um ein "katastrophales Scheitern der Abschreckung" zu verhindern. Ohne China beim Namen zu nennen, argumentierte Marles, dass die Region die größte militärische Aufrüstung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erlebe, und schlug Alarm über die "Entwicklung und den Einsatz neuer Waffen" durch den "Gegner", der den "militärischen Fähigkeitsvorsprung" des Westens herausfordere. Während einer Rede vor dem Washingtoner Zentrum für Strategische und Internationale Studien sagte er, dass diese Entwicklung "die strategischen Gegebenheiten im indopazifischen Raum" und "darüber hinaus in der ganzen Welt" verändere. Die USA müssten "zu einem wirksameren Gleichgewicht der militärischen Kräfte beitragen, um ein katastrophales Scheitern der Abschreckung zu vermeiden".
Der australische Verteidigungsminister sagte, dass die mutmaßliche Anwendung von Gewalt oder Zwang zur Durchsetzung territorialer Ansprüche, wie sie im Südchinesischen Meer vorkomme, Australien Sorgen bereite, da China dieses angebliche Vorgehen an jedem Ort im Indopazifik wiederholen könne, "wo Grenzen oder Souveränität umstritten sind". Marles drängte auf eine Ausweitung der Übungen und operativen Einsätze der westlichen Staaten und erklärte, dass Canberra eine verstärkte Verteidigungskooperation mit Indien, Südkorea und südostasiatischen Staaten anstreben werde:
"Wir wollen die Übungen und operativen Einsätze in der Region ausweiten und dabei auf den Erfolg von Übungen wie TALISMAN SABRE, RIMPAC und MALABAR zurückgreifen."
Er versprach seinerseits, die militärischen Investitionen zu erhöhen, um die "Reichweite und Tödlichkeit" zu steigern, damit die Streitkräfte in der Lage sind, "einen Krieg mit hoher Intensität" zu führen. Marles, der sich das erste Mal in den USA in seiner Funktion als Verteidigungsminister befand, erklärte:
"Dazu gehören Fähigkeiten wie Waffen mit größerer Reichweite, Cyber-Fähigkeiten und Systeme zur Sperrung von Gebieten, die auf ein breiteres Spektrum von Bedrohungen zugeschnitten sind, einschließlich der Verhinderung einer Eskalation von Zwangsmaßnahmen oder Grauzonenaktivitäten in einen konventionellen Konflikt."
Der australische Minister bezeichnete AUKUS, einen im September letzten Jahres ins Leben gerufenen Dreiländerpakt, als "bahnbrechend" und sagte, die Zusammenarbeit zwischen Australien, Großbritannien und den USA sei "mehr als nur ein Programm zur Ausrüstung mit atomgetriebenen U-Booten".
Die USA und ihre pazifischen Verbündeten versuchen seit Monaten, gleichgesinnte Nationen auf einer Plattform zusammenzubringen, da China sein Engagement in der Region ausweitet. Im April unterzeichnete es einen Sicherheitspakt mit den Salomonen, einem Pazifikstaat, der in Sicherheitsfragen bisher völlig von Australien abhängig war.
Die australische Regierung hatte China wegen des angeblichen "wirtschaftlichen Zwangs", den Peking auf andere Länder ausübe, kritisiert und gleichzeitig erklärt, dass sie bereit sei, die diplomatischen Beziehungen zu Peking wiederherzustellen.
Die bilateralen Beziehungen brachen im Jahr 2020 ab, nachdem China höhere Zölle auf australische Exporte verhängt hatte, darunter Handelsbarrieren für Gerste, Wein, Meeresfrüchte und Kohle. Pekings Vorgehen wurde in erster Linie als Reaktion auf die Entscheidung Canberras gesehen, Huawei aus dem australischen 5G-Netz auszuschließen und eine unabhängige Untersuchung der Herkunft von COVID-19 zu fordern.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cd577e48fbef070a75fe2d.jpeg

17:15 de.rt.com: **Ex-Präsident Medwedew rät Einwohnern Russlands, ihre Ersparnisse in Rubel aufzubewahren**

Die drastische Euro-Abwertung, die die EU-Währung am Dienstag erstmals seit 20 Jahren sogar kurzzeitig unter die Parität zum US-Dollar gedrückt hat, sei ein Zeugnis dafür, dass sich die Prognosen einer systemischen Krise in der Eurozone zu bewahrheiten beginnen. Dies teilte der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates und Ex-Präsident, Dmitri Medwedew, mit Blick auf die erhöhte Volatilität des Euro-Wechselkurses via Telegram mit. Er schrieb:

"Zuerst haben sich diejenigen in der EU mit der Sanktionspistole selbst in den Kopf geschossen. Jetzt ernten sie die bitteren Früchte des Produktionsrückgangs, der überkritischen Lebensmittelinflation, des Verlusts der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Waren und des Wartens auf den Winter in eisigen Wohnungen ohne unser Gas. Auf globaler Ebene ist dies eine Bestätigung für die äußerst undurchdachte Natur der Sanktionen gegen Russland. Die Sanktionen funktionieren nicht. Die Sanktionen schaden den Europäern selbst. Der Euro wird schwächer."

Vor diesem Hintergrund appellierte Medwedew an seine Mitbürger, ihr Geld auf ihren Sparkonten in der einheimischen Währung anzulegen:

"Bewahren Sie Ihre Ersparnisse in Rubel auf!"

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cd800b48fbef04a731442e.jpg

17:40 de.rt.com: **Im Gebiet Saporoschjewird ein Referendum über den Beitritt zu Russland abgehalten**

Das Referendum über den Beitritt zur Russischen Föderation im Gebiet Saporoschje wird trotz der Versuche und der Sabotage durch die Ukraine stattfinden. Dies hat der Leiter der Militär- und Zivilverwaltung des Gebiets, Jewgeni Balizki, erklärt. Wörtlich hieß es:
"Nichts kann das friedliche Leben im Gebiet Saporoschje zurückhalten und nichts kann die Wahl der Menschen im Gebiet Saporoschje zurückhalten. Wir werden ein Referendum abhalten, dann werden die Menschen in Sicherheit sein, sie werden ein gutes Leben haben."
Balizki betonte, dass die Handlungen, die Kiew begeht, die Bevölkerung auf diesem Weg nicht aufhalten könnten.

abends:

18:01 de.rt.com: U**S-Dollar zum ersten Mal seit 20 Jahren wieder stärker als Euro**
Die US-Währung wurde an der russischen Börse höher als der Euro gehandelt. Damit war der US-Dollar zum ersten Mal seit 20 Jahren wieder stärker als die Währung der europäischen Zentralbank. Im laufenden Jahr büßte der Euro gegenüber dem US-Dollar bislang mehr als 10 Prozent an Wert ein.
Der Euro fiel am Dienstag an der Moskauer Börse unter den US-Dollar, da Befürchtungen laut werden, wonach die Energiekrise die Europäische Union in eine Rezession stürzen könne. So lag der US-Dollar-Rubel-Kurs um 10:56 Uhr MEZ bei 58,70, während der Euro gegenüber dem Rubel auf 58,52 fiel.
An den internationalen Börsen näherte sich der Euro der Parität zum US-amerikanischen Dollar an. Im unruhigen Devisenhandel rutschte die europäische Währung auf nur noch 1,0001 zum US-Dollar und damit auf den niedrigsten Stand seit 20 Jahren.
Im laufenden Jahr ist der Euro gegenüber dem US-Dollar um 12 Prozent gefallen, da der Anstieg der Energiepreise angesichts des Konflikts in der Ukraine und der Sanktionen gegen Russland, den wichtigsten Energielieferanten des Kontinents, die europäischen Volkswirtschaften besonders stark belastet.
Jegor Schilnikow, Chefanalyst der Abteilung für Wirtschafts- und Industrieanalysen der Promswjasbank, erklärte gegenüber der Tageszeitung RBC:
"Zum ersten Mal seit 20 Jahren hat sich eine Parität zwischen dem Euro und dem US-Dollar gebildet, da die US-Währung in Erwartung der restriktiven Geldpolitik der US-Notenbank weiter steigt."
Der Chefanalyst ergänzte:
"Wir glauben, dass sich diese Dynamik bis zur Sitzung der Europäischen Zentralbank am 21. Juli fortsetzen wird und der Dollar noch teurer wird als die europäische Währung."
Die wachsende Sorge um die russische Gasversorgung der EU-Mitgliedsländer hat den Druck auf die Währung der Staatengemeinschaft weiter erhöht. Am Montag legte der russische Energiekonzern Gazprom für die alljährlich stattfindende Wartung die Nord Stream 1-Pipeline, die Gas nach Europa transportiert, still. Die Wartungsarbeiten, die planmäßig bis zum 21. Juli dauern werden, waren nach Angaben des Betreibers wie alle Jahre zuvor angekündigt und mit allen Partnern vereinbart worden.
Fiona Cincotta, eine leitende Finanzmarktanalystin bei City Index, einem weltweit tätigen Anbieter von Wetten auf Währungs-Spreads und Devisenhandel, erklärte – entgegen den Verlautbarungen der Pipeline-Betreiber – gegenüber der britischen Zeitung The Guardian: "Befürchtungen nehmen zu, dass Russland die Gaslieferungen in zehn Tagen nicht wieder aufnehmen wird, wenn die Arbeiten abgeschlossen sind." Das könne zu einer Rezession in Europa führen, warnte sie.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cd83b048fbef01e76faed0.jpg

dan-news.info: **Drei Mitglieder der gesellschaftlichen Organisation „Molodaja Respublika“ wurden heute auf ihrem letzten Weg begleitet**, teilte das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin mit.
„Sie hätten leben sollen leben … Weiter die guten Dinge tun, von denen sie trotz ihres jungen Alters nicht so wenige getan haben. Lernen, träumen, ihre Ziele erreichen… Aber der Krieg, der vom ukrainischen Regime entfacht wurde, ist erbarmungslos zu allen – zu Kindern, alten Menschen, Frauen. Und zu solchen jungen Menschen, die als Freiwillige aktiv waren, Menschen auf Kosten ihres Lebens geholfen haben. Wir haben drei jungen Leute von „Molodaja Respublika“, die vorgestern im Bezirk Schachtjorsk starben, auf ihrem letzten Weg begleitet“, sagte Puschilin.
Zuvor hatte Puschilin heute die Freiwilligen der gesellschaftlichen Organisation „Molodaja Respublika“ besucht, die durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Armee verletzt wurden und sich jetzt in Krankenhäusern von Donezk befinden.
Am 10. Juli hatte die Armee der Ukraine beim Beschuss von Stepano-Krynka amerikanische Mehrfachraketenwerfer „HIMARS“ eingesetzt. Es wurden sechs Raketen abgefeuert. 46 Menschen starben oder wurden verletzt. Sie alle waren Freiwillige von „Molodaja Respublika“.

https://denis-pushilin.ru/wp-content/uploads/2022/07/Pohorony_12.07.2022g-4.jpg

18:05 de.rt.com: **Krim liefert Gas zur Brotproduktion im Gebiet Saporoschje**
Die Republik Krim liefert Gas, um die Brotproduktion im Gebiet Saporoschje sicherzustellen, deren Gasversorgung vor einigen Tagen von Kiew gekappt wurde. Dies gab der Leiter der

militärisch-zivilen Verwaltung des Gebietes, Ewgeni Balizki, bekannt:
"Nun haben wir dem Backwarenkombinat Tanks mit Flüssiggas geliefert, das wir von der Krim erhalten."
Ewgeni Balizki unterstrich, dass dank dieser Maßnahme die Produktion eines der wichtigsten Grundnahrungsmittel für die Einwohner der Region weiterlaufe.
Das russische Militär hatte zuvor die Kontrolle über die Gebiete Cherson und Saporoschje übernommen. Es wurden zivil-militärische Verwaltungen gebildet, der Rubel wurde eingeführt, und russische Fernseh- und Radiosender nahmen ihren Sendebetrieb auf. Nun beabsichtigen die Territorien, ein Referendum über den Beitritt zur Russischen Föderation abzuhalten.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cd879fb480cc4da749c93c.jpg

18:13 de.rt.com: **Sacharowa: Japans Äußerungen über Russlands nukleare Bedrohung sind inakzeptabel**
Maria Sacharowa hat Äußerungen des Ministerpräsidenten Japans über eine angebliche russische Atombedrohung als zynisch bezeichnet. Sie sagte, der Atombombenangriff auf Hiroshima sei von den USA verübt worden und es seien die USA, die nun den Konflikt in der Ukraine eskalieren würden.
Der Schwerpunkt und der Tonfall der feindseligen, "tendenziösen Bemerkungen" des japanischen Premierministers Fumio Kishida über Atomwaffen sind rätselhaft. Dies hat das russische Außenministerium mitgeteilt. Die Sprecherin des Ministeriums, Maria Sacharowa, erklärte:
"Um die Wahl Hiroshimas als Tagungsort des G7-Gipfels zu rechtfertigen, wurde insbesondere die These aufgestellt, dass es keine geeignetere Alternative zu der besagten Stadt gebe, wenn in einer destabilisierten Weltordnung 'der Einsatz und die Bedrohung von Atomwaffen durch Russland Realität wird.'
Sie führte aus, es sei inakzeptabel, Russland als ein Land darzustellen, das mit Atomwaffen droht, und "die Logik der Abschreckung zu verzerren, auf der die offiziellen russischen Kommentare zu Nuklearfragen basieren."
Die russische Außenamtssprecherin bezeichnete den Versuch, "unbegründete Kritik" an Russland unter Bezugnahme auf die Hiroshima-Tragödie zu üben, als zynisch. Sie stellte fest:
"Es wäre logisch anzunehmen, dass vor dem Hintergrund des bevorstehenden nächsten Jahrestages der tragischen Ereignisse im Rahmen des Einsatzes von Atomwaffen gegen Japan das anklagende Pathos Tokios auf das Land gerichtet ist, das im August 1945 die verbrecherischen Atombombenabwürfe auf japanische Städte verübt hat."
Sacharowa zufolge stellten derzeit die Vereinigten Staaten das größte nukleare Risiko dar. Denn Washington habe eine "Verschärfung der Ukraine-Krise" provoziert und eine "heftige hybride Konfrontation mit Russland" ausgelöst. Während Amerikas Verbündete "gefährlich am Rande" eines militärischen Konflikts mit Russland und folglich eines direkten bewaffneten Konflikts zwischen den Atommächten stünden.

Sacharowa merkte zudem an, dass Tokio die USA dazu dränge, die nuklearen Kapazitäten in der asiatisch-pazifischen Region zu erhöhen, und dass dies die Unaufrichtigkeit der "absichtlichen Linie Tokios zeige, mit dem Thema der Reduzierung der nuklearen Gefahr auf die Füße zu treten." Sie schloss daraus:
"In diesem Zusammenhang besteht der begründete Verdacht, dass Tokio mit solchen Anläufen in der Nuklearfrage die historische Rolle des japanischen Militarismus im Kontext des Zweiten Weltkriegs verschleiern und seinen bewussten Rückzug aus einer Politik der Selbstbeschränkung im militärischen Bereich rechtfertigen will."
Kishida hatte auf dem G7-Gipfel in Deutschland Ende Juni angekündigt, dass das nächste Treffen der G7-Staats- und Regierungschefs 2023 in Hiroshima stattfinden werde. Er wies auch darauf hin, dass der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen "angesichts der Bedrohung durch den Einsatz von Atomwaffen durch Russland" erhalten werden müsse. Der japanische Premierminister hatte zuvor von der Möglichkeit eines Einsatzes von Atomwaffen durch das russische Militär in der Ukraine gesprochen.
Sacharowa hat indes schon bei früheren Gelegenheiten betont, dass Russland nie einen Staat mit Atomwaffen bedroht habe und an der Logik der Abschreckung festhalte. Auch der Präsident Russlands, Wladimir Putin, äußerte sich zu diesem Thema und erklärte, dass "jeder wissen sollte", dass sein Land über solche Waffen verfüge und bereit sei, sie bei Bedarf zur Verteidigung der eigenen Souveränität einzusetzen. Der russische Außenminister Sergei Lawrow bezeichnete seinerseits das Risiko eines Nuklearkonflikts als "sehr hoch". Er verwies aber auf die Vereinbarungen der Atommächte, gemäß denen ein solches Szenario inakzeptabel wäre.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cd71c248fbef04a731440f.jpg

18:28 de.rt.com: **Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte zeigt Einwohnern von Donezk die kalte Schulter**
Wegen unzähliger Menschenrechtsverletzungen durch ukrainische Streitkräfte haben die Einwohner der DVR beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) Schutz gesucht. Laut lokalen Behörden stehen die Entscheidungen bei Tausenden Beschwerden jedoch weiterhin aus.
Die Bewohner der Volksrepublik Donezk haben Tausende von Beschwerden beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) eingereicht, die zwar zur Prüfung angenommen wurden, über die aber noch nicht entschieden wurde. Das verkündete Jelena Schischkina, die Vorsitzende des Ausschusses für Straf- und Verwaltungsrecht des Volksrates der DVR, gegenüber TASS. Sie erklärte:
"Tausende von Beschwerden sind an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gerichtet worden. Wir halfen ihnen, die erforderlichen Dokumente korrekt auszufüllen und ins Englische und Französische zu übersetzen. Alle Beschwerden von Personen, die aus dem

Gebiet der DVR eingereicht wurden, wurden zur Prüfung angenommen, aber es wurde über keine von ihnen entschieden. Sie werden formal aufgeschoben. Zum Beispiel fordern sie zusätzliche Informationen, Übersetzungen. Wenn jemand beispielsweise 45 Jahre alt ist, muss er in die Ukraine fahren, um seinen Pass zu aktualisieren. Die Bewohner der DVR können jedoch nicht dorthin fahren, weil fast alle von ihnen mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen müssen."
Schischkina wies darauf hin, dass nur jene Opfer eine Entschädigung erhalten konnten, die ihren Wohnsitz in ein Drittland verlegt hatten oder in den von der Ukraine kontrollierten Gebieten geblieben waren. Die Beamtin führte aus:
"Uns war von Anfang an klar, dass es keine positiven Entscheidungen geben würde, weil der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte und der Internationale Strafgerichtshof sehr politisierte Strukturen sind, die den kollektiven russophoben Gefühlen des Westens Vorschub leisten. Daher haben wir keine einzige Entscheidung, kein einziges Urteil gesehen, das im Einklang mit dem Völkerrecht und nicht aufgrund politischer Präferenzen gefällt worden wäre."
Schischkina zufolge wurden in der Volksrepublik Tausende von Verbrechen registriert, darunter Völkermord, rechtswidriger Freiheitsentzug, Einsatz von Sklavenarbeit, Wirtschafts- und Verkehrsblockade, Mord, Einsatz von Zivilisten als menschliche Schutzschilde und vieles mehr. Sie fügte hinzu:
"Ende vergangenen Jahres hatte der Staatsanwalt des Internationalen Strafgerichtshofs sogar behauptet, er sehe ein systematisches und massives Muster in den eingegangenen Anträgen und erkenne darin Anzeichen von Verbrechen, aber es ist nie zu einer Anklage gekommen."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cbf4aeb480cc36946dd878.jpg
Einwohner der Stadt Wolnowacha in der Volksrepublik Donezk, 12. März 2022

18:30 de.rt.com: **Ukraine beschießt weiterhin Städte in der DVR**
Das Gemeinsame Zentrum für Kontrolle und Koordination in der Donezker Volksrepublik hat am heutigen Dienstag erneut mehrere ukrainische Artillerie- und Raketenangriffe auf Ortschaften in der Republik gemeldet. So wurde Donezk von mehreren Artilleriegeschossen vom NATO-Kaliber 155 mm getroffen. Außerdem wurden auf das Dorf Nowobachmutowka nahe Gorlowka vier Minen vom Kaliber 120 mm abgefeuert. Die Stadt Jassinowataja wurde mit acht Raketen beschossen, die aus einem Mehrfachraketenwerfer vom Typ BM-21 "Grad" abgefeuert wurden.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 12.07.22**
Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 300 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“ und „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers

155, 152 und 122mm sowie 120mm- und 82mm-Mörsern **abgefeuert**.
Die Gebiete von **15 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss wurden **sieben Ziviliszen verletzt, zwei starben**. 17 Wohnhäuser und 5 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.
Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.
Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **4 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 9 verletzt** wurden.
Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:44 de.rt.com: **Ukrainische Armee verliert monatlich 20.000 Soldaten, Kiew sucht neue Rekrutierungsmöglichkeiten**
Da die ukrainischen Streitkräfte erhebliche Verluste erleiden, sucht Kiew nun nach neuen Wegen, um Soldaten zu rekrutieren. Berichten zufolge werden in Einkaufszentren, Erholungsgebieten und selbst vor Kirchen Rekruten gesucht.
Die ukrainischen Streitkräfte verlieren jeden Monat bis zu 20.000 Soldaten, sodass die Vertreter der militärischen Registrierungs- und Rekrutierungsbüros buchstäblich hinter jeder Person herlaufen, um ihr eine Einberufung zu überreichen. Dies geht aus Berichten der britischen Zeitung Daily Mail hervor.
Dem Artikel zufolge sind die Ukrainer besorgt über die von Kiew angewandten Methoden zur Mobilisierung militärischer Rekruten. So beschwerte sich beispielsweise eine Frau darüber, dass die Beamten einen 18-jährigen Radfahrer, der eigentlich seine Einberufungsunterlagen abgeben wollte, verfolgten. In Lemberg wurden Männer direkt vor der Kirche vorgeladen, was den Priestern missfiel, und in Odessa suchten Polizeibeamte am Strand nach potenziellen Soldaten. Der Leiter der Stadtverwaltung von Lwow, Maxim Kosizki, kritisierte seinerseits die Verteilung von Einberufungslisten in der Kirchenvorhalle:
"Wenn jemand in die Kirche geht, geht er zuallererst zu Gott."
Stattdessen sollten Einberufungspapiere in Einkaufszentren, Freizeiteinrichtungen und an Kontrollpunkten verteilt werden, sagte er.
Beobachter der britischen Publikation erinnerten an eine kürzlich getroffene Entscheidung des Oberbefehlshabers der ukrainischen Armee Waleri Saluschni, der strenge Beschränkungen für die Bewegungsfreiheit von wehrpflichtigen Männern im Alter von 18 bis 60 Jahren verhängte. Obwohl der Präsident des Landes Wladimir Selenskij den Befehl später zurücknahm, spiegelt er nach Ansicht von Journalisten wider, wie groß die Verluste in den ukrainischen Streitkräften sind.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cd6d3048fbef01e76faeb5.jpg

18:55 de.rt.com: **Medienbericht: Spanien stellt der Ukraine Kampftechnik bereit**
Das spanische Verteidigungsministerium bereitet eine Lieferung von zehn Panzern vom Typ Leopard 2A4 sowie zwanzig gepanzerten Mannschaftstransportern vom Typ M113 an die Ukraine vor, wie die Zeitung Infodefensa unter Berufung auf informierte Quellen berichtete. Demnach werde die betreffende Militärtechnik, deren Übergabe Madrid in Erwägung ziehe, derzeit nicht genutzt und auf Lager eingemottet.
Das vorbereitete Schema für den Transfer der militärischen Ausrüstung nach Kiew sieht demzufolge vor, dass die ukrainische Regierung die technische Modernisierung in Spanien mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds zur Unterstützung des Friedens (FEAP) finanziert, sobald die Fahrzeuge in ukrainisches Eigentum übergehen. Zu diesem Zweck müsste die Ukraine einen Vertrag mit spanischen Unternehmen unterzeichnen. In der letzten Phase werde das Kriegsgerät dann an den Einsatzort verbracht, so der Bericht.
Die Gesamtsumme für das Projekt sowie ein Zeitrahmen für dessen Umsetzung blieben zunächst unklar. Nach Angaben der Zeitung könnte die Lieferung frühestens Ende 2022 erfolgen.
Zuvor hatte die Regierung von Premierminister Pedro Sánchez ihre Militärhilfe für die Ukraine laut *Infodefensa* auf die Lieferung von Verteidigungswaffen beschränkt.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cd90a5b480cc4d197bf99a.jpg

18:59 de.rt.com: **Chinas Jugend wendet sich zunehmend vom Westen ab**
Chinesische Jugendliche entwickeln laut Umfragen ein größeres Vertrauen in ihr eigenes Land und hören auf, zu den westlichen Staaten aufzuschauen. Grund hierfür seien die Errungenschaften bezüglich der Entwicklung Chinas in den letzten Jahren.
Eine Umfrage hat ergeben, dass Chinas Jugend sich zunehmend vom Westen abwendet und mehr Selbstvertrauen entwickelt. Laut einer Umfrage des Global Times Research Center aus dem Jahr 2012 betrachtete zwar mehr als die Hälfte der ausländischen Befragten China als "Weltmacht", jedoch waren zu jener Zeit die Chinesen selbst bescheidener: In einer Umfrage aus dem Jahr 2014 sahen nur 34,9 Prozent der befragten Chinesen ihr Land als Weltmacht, trotz des Aufstiegs Chinas zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt.
Ein Jahrzehnt später jedoch, mit zunehmenden Interaktionen mit der Welt und einer bemerkenswerten Entwicklung im Inland, sind die Chinesen, insbesondere die Generation Z, zunehmend selbstbewusster geworden. Die meisten chinesischen Jugendlichen bewundern den Westen nicht mehr blindlings und haben begonnen, die Außenwelt, vor allem den Westen, auf Augenhöhe zu betrachten. Über das wachsende Selbstvertrauen des Landes als Großmacht hinaus beginnen die Chinesen nun auch darüber nachzudenken, wie China die Welt umgestalten sollte.

Durch eine eingehende Analyse der Umfrageergebnisse, die das Global Times Research Center in den letzten zehn Jahren durchführte, wollte die chinesische Zeitung Global Times herausfinden, warum die Chinesen immer selbstbewusster werden.

Die vom Global Times Research Center in den letzten zehn Jahren durchgeführten Umfragen ergaben, dass die meisten Chinesen ihr Land noch nicht für stark genug hielten, um einen solchen Anspruch zu erheben, während die meisten Ausländer China als Weltmacht betrachteten. Umfragen und Interviews mit Experten und freiwilligen Teilnehmern ergaben, dass die Chinesen strengere Maßstäbe an ihr eigenes Land anlegen und Erfolge nicht zugeben wollen, um nicht eingebildet oder arrogant zu erscheinen.

Die Global-Times-Umfrage zeigte, dass immer mehr Chinesen nicht mehr zum Westen aufschauen. Etwa 90 Prozent der jungen Chinesen, die an der Umfrage teilnahmen, die insgesamt 1.281 Antworten aus 129 Städten des Landes umfasste, sind der Meinung, dass China nicht mehr "zum Westen aufschauen" sollte. Zugleich begannen in den letzten fünf Jahren immer mehr Menschen, "auf den Westen herabzuschauen", und zwar aus verschiedenen Gründen, darunter Chinas Errungenschaften und das Versagen des Westens im Umgang mit der COVID-19-Pandemie.

Vor zehn Jahren schienen viele Chinesen vorsichtig zu sein, wenn es um Komplimente aus dem Westen für Chinas Entwicklung ging. In der chinesischen Kultur gibt es ein Konzept namens "Pengsha", das bedeutet, jemanden durch Schmeicheleien eingebildet zu machen, sodass er aufhört, hart zu arbeiten, oder beginnt, Fehler zu machen. Dies ist eine klassische Methode, um Rivalen im Wettbewerb zu betrügen. Wenn also die westlichen Länder, insbesondere die USA, über Chinas Aufstieg und seine Fähigkeiten sprechen und sagen, dass China ein "Trittbrettfahrer" der westlich dominierten Weltordnung ist und ein "verantwortungsvoller Akteur" sein sollte, sehen viele Chinesen dies als einen Fall von "Pengsha", so die Analysten.

Bei der Umfrage im Jahr 2012 wurden 7.045 Personen im Alter von 18 bis 64 Jahren aus den USA, Großbritannien, Deutschland, Japan, Russland, Indien, Südafrika und Brasilien in acht Ländern befragt. 19 Prozent von ihnen glaubten, dass "China bereits eine Supermacht im Sinne einer umfassenden nationalen Stärke geworden ist", und 34 Prozent glaubten, dass China eine "Weltmacht" ist.

Ende 2011 hatte das Global Times Research Center Menschen aus großen Städten in ganz China befragt, und unter ihnen waren nur 14,1 Prozent der Befragten gewesen, die China für eine Weltmacht hielten, während 51,3 Prozent davon gesagt hatten, China sei noch keine Weltmacht, und 33,4 Prozent angegeben hatten, dass China "überhaupt keine Weltmacht" sei.

Zhang Yiwu, Professor an der Universität Peking, sagte dazu:

"Das ist normal. Der wichtigste Grund dafür ist, dass China immer noch viele Probleme und Schwierigkeiten hat, die im Zuge seiner schnellen Entwicklung gelöst werden müssen, sodass die Chinesen höhere Erwartungen und strengere Anforderungen an ihr eigenes Land haben."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cd622eb480cc4d2f715da1.jpeg
Chinas Präsident Xi Jinping beim Besuch einer Universität (April 2022)